Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 11 Mk. Durch die Post monatl. 11 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Leipzigerstr. 14 Fernruf 1047. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 100 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 500 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 50 Pf. | **Mittwoch, den 1. Februar 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 27**

Beginn des Eisenbahnerstreiks nachts 12 Uhr

„Vorwärts" und deutschnationales Beamtentum einig in der Hetze gegen die Eisenbahner — Sozialdemokrat Vizekanzler Bauer für den Noskekurs des Knochenkaputtschlagens — Die gesamte Arbeiterschaft muß der Hungerpolitik die geschlossene Einheitsfront entgegenstellen!

Berlin, 1. Februar. (Eigene Meldungen.)

Der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner und -Anwärter beschloß mit 20 gegen 15 Stimmen und einer Stimmenthaltung in der kommenden Nacht um 12 Uhr in den Streik einzutreten.

*

Die gestrige Sitzung des Hauptvorstandes der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter verlief, wie die Morgenblätter nach einer Korrespondenz melden, außerordentlich stürmisch. Nach Ansicht der Beamtenvertreter sei das Angebot der Regierung durchaus annehmbar gewesen.

Die Vertreter der Unterbeamten, besonders der Lokomotivführer, erklärten, daß die Zugeständnisse der Regierung für weiteste Schichten der mittleren und unteren Beamten unannehmbar seien. Sowohl der Finanz- als auch der Reichsverkehrsminister hätten es an dem nötigen Willen zur Verständigung fehlen lassen. Außerordentlich erregte Debatten entspannen sich über die Regierungserklärungen, die ein energisches Vorgehen gegen die Beamten ankündigten, die sich an dem Streik beteiligen würden. Diese Maßnahme der Regierung bedrohe letzten Endes überhaupt die Koalitionsfreiheit der Beamten. Die Vertreter der Reichsgewerkschaft erklärten, daß sie trotz aller Warnungen der Regierungen die Führung übernehmen würden, doch verlangten sie, daß bei etwaigen Maßregelungen die Eisenbahnbeamten sich hinter die Leitung stellten und sie deckten.

Der „Vorwärts" hetzt in gemeinster Weise gegen die um ihre Existenz kämpfenden Eisenbahner. Er beendet seine Ausführungen in der heutigen Morgenausgabe mit den Worten: Das Unternehmen der Reichsgewerkschaft wird von jedem Standpunkt aus verworfen werden müssen. Die SPD. erwartet von der Regierung, daß sie sich einem Diktat nicht fügen wird.

Angesichts des drohenden Beamtenstreiks richtet die deutschnationale Beamtenschaft folgende Warnung an die deutschen Beamten: Die deutschnationale Beamtenschaft hat von jeher den Beamtenstreik abgelehnt. Sie warnt auch heute die Beamten, sich in einen Streik treiben zu lassen, der unzweifelhaft zur Beseitigung des Berufsbeamtentums führen und unser Vaterland wirtschaftlich in den Abgrund stürzen muß.

*

Die deutsche Eisenbahnerkrise nähert sich ihrem Höhepunkt. Daß gerade die bürgerliche Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten in der vorderen Linie des Kampfes steht, zeigt, wie hoch bereits die Notlage der Eisenbahnbeamten und -arbeiter gestiegen ist. Ohne Rücksicht auf das Mutgeheul der bürgerlichen Presse und auf die Bremsversuche der reformsozialistischen Bureaukratie treten die Eisenbahnbeamten in Aktion, um ihre Existenz zu sichern. Es handelt sich bei dieser Bewegung wahrlich nicht um parteipolitische Versuche, sondern ausschließlich um den wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Kampf zur Erzwingung von menschenwürdigen Lebensbedingungen. Es ist erst die Regierung Wirth, die durch ihre brutalen Drohungen den gewerkschaftlichen Kampf zu einem politischen macht.

Was ist es, was die Eisenbahner verlangen? Die Entschließung, die die Reichsgewerkschaft dem Reichsverkehrsminister am 27. Januar vorgelegt hat, enthält die Forderungen des Deutschen Beamtenbundes vom 3. Dezember 1921. Die Reichsgewerkschaft betont dabei mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der automatischen Anpassung aller Bezüge an die sinkende Kaufkraft des Geldes. Für was die Eisenbahner kämpfen, das ist also nichts anderes, als ihrer weiteren Verelendung durch die Entwertung der Mark Einhalt zu tun. Sie verlangen die gleitende Gehaltsskala, d. h. die Löhne und Gehälter sollen den Indexziffern entsprechend steigen oder fallen. Steigen die Preise, müssen natürlich auch die Löhne und Gehälter steigen, fallen die Preise, dann fallen auch entsprechend die Bezüge der Beamten und Arbeiter. Auf diese Weise wird der Lohn- und Gehaltsempfänger immer in der Lage sein, die gleiche Menge Lebensmittel und Bedarfsartikel zu kaufen und eine absolute Verelendung wird aufgehalten.

Bisher war das anders. So die Arbeiter, Angestellten und Beamten in eine Lohnbewegung eintraten, war, wenn nach langen endlosen Verhandlungen endlich eine minimale Erhöhung der Löhne und Gehälter eintrat, diese durch die rapide Entwertung der Mark längst überholt. Es ist deshalb eine geradezu gewissenlose Demagogie, wenn **Angesichts dieser Tatsache von Regierungsseite im Hauptausschuß** eine lange Milchmädchen-Rechnung aufgemacht wurde, um wieviel von Etappe zu Etappe die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten im Laufe des letzten Jahres „erhöht" worden seien. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß bei den jeweiligen „Gehaltsregulierungen" so verfahren wurde, daß den höheren Beamten, den reaktionären Eisenbahndirektoren und Geheimräten, die an sich mehr auskömmliche Gehälter beziehen in Scheffeln, den mittleren und unteren Beamten, den Lokomotivführern, Heizern und Betriebsbeamten, -anwärtern und -arbeitern aber nur in Teelöffeln zugemessen wurde. Wenn die Eisenbahner deshalb jetzt eine Regelung ihrer Bezüge entsprechend den gegenwärtigen Teuerungsziffern und darüber hinaus die Forderung der gleitenden Lohnskala verlangen, so wird in den Kreisen aller wirklich schaffenden Bevölkerungsschichten diesen Forderungen niemand die Berechtigung absprechen können.

Wenn im Gegensatz dazu aber die gesamte bürgerliche Presseneute einschließlich der sozialdemokratischen gegen die Eisenbahner wütet und hetzt, so läuft das auf das Bestreben hinaus, die ganze sogenannte „Reform der Reichsfinanzen", wie sie in dem schändlichen Steuerkompromiß zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten vorgesehen ist, auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung und weitere Verelendung der Massen durchzuführen. Von diesem Standpunkt sind daher die Ausführungen, die die Auchsozialdemokraten und Gewerkschafter Hermann Müller und Vizekanzler Bauer gestern im Hauptausschuß des Reichstags gemacht haben, ein Verbrechen. Nach einer Wolff-Meldung erklärte Müller, „keine Partei würde die Verantwortung für die Annahme des Ultimatums übernehmen, das 50 bis 60 Milliarden Mark Beamtenbesoldungserhöhungen verlange", und Vizekanzler Bauer (Soz.) betonte „die absolute Unmöglichkeit der Erfüllung des Ultimatums der Reichsgewerkschaft. Jeder verständige und sich seiner Verantwortung voll bewußte Arbeitervertreter müsse sich gegen ein solches Attentat auf das Volkswohl wenden. Die Reichsregierung müsse mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln den ihr aufgezwungenen Kampf ausfechten."

Die „Unmöglichkeit der Erfüllung des Ultimatums" heißt: **Die Erfüllung des Ultimatums macht die Reform der Eisenbahnfinanzen auf Kosten der Eisenbahner unmöglich!** Darin kennzeichnet sich das ungeheuerliche Verbrechen, dessen sich die Sozialdemokraten in der Reichsregierung und die Führer der freien Gewerkschaften überhaupt durch ihre Haltung schuldig machen. Die Sozialdemokraten sind heute die getreuesten Soldknechte der Großindustriellen. Durch die Ausführungen des sozialdemokratischen Vizekanzlers Bauer, die Eisenbahnerbewegung mit allen Machtmitteln des Staates zu bekämpfen, kommt der Noskekurs wieder unverfälscht zur Geltung: **„Wer nicht pariert, dem schlage ich die Knochen entzwei!"**

Die Gesamtarbeiterschaft, auch die sozialdemokratische — wird den Noske-Kurs nicht mitmachen. Die Forderungen der Eisenbahner sind erfüllbar und sind gerecht! Ihre Durchführung sichert im gewissen Sinne den Eisenbahnern ihre Lebensexistenz. Wenn bürgerliche Parteien und die Sozialdemokraten unter Führung von Stinnes alle Machtmittel des Staates gegen die Eisenbahner aufbieten, so tun sie es, um die Hand an die Gurgel der Eisenbahner legen zu wollen, weil sonst das Erfüllungsprogramm von Cannes zerbricht.

Für die bestehenden Klassen handelt es sich bei dem Kampf der Eisenbahner um ein Prinzip. Das Gleichgewicht im deutschen Staatshaushalt, das Rathenau dem Obersten Rat versprach, ist nach Ansicht der Regierung nur zu erzielen durch den Hunger der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Setzen die Eisenbahner die automatische Angleichung der Löhne an die monatlichen Teuerungszahlen durch, dann ist das Prinzip der Aushungerung durchbrochen. **Die Arbeiterschaft muß deshalb in diesem Kampfe an der Seite der Eisenbahner stehen!**

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner hat den Streik für heute, Mittwoch, nachts 12 Uhr beschlossen. Die im Deutschen Eisenbahner-Verband organisierten Eisenbahner müssen Solidarität üben. Die Reichsgewerkschaft, die widerspruchsvolle Elemente in sich birgt, kämpft zwar noch jenseits der Parteipolitik gegen die Aushungerungsabsichten der Wirth, Rathenau und Bauer, gegen die Stinnesherrschaft, aber sie kommen doch unbewußt zur Politik, zur Politik der Selbstverteidigung der deutschen arbeitenden Massen gegen die das verbündete in- und ausländische Kapital! Weil das so ist, ist der Kampf der Eisenbahner ein Kampf des gesamten revolutionären deutschen Proletariats!

Aufhebung des Streikrechts!

Berlin, den 1. Februar. Auf die Nachricht des Streikbeschlusses tritt eine Verordnung des Reichspräsidenten in Kraft, worin es heißt: Den Eisenbahnbeamten ist ebenso wie den übrigen Beamten nach dem Beamtenrecht die Einstellung und die Verweigerung der Arbeit verboten. Wer hierzu auffordert, wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 50000 Mark bestraft. Ebenso wird bestraft, wer Anlagen und Betriebsmittel betriebsunfähig macht. Die Reichsregierung ermächtigt den Reichsverkehrsminister zur Sicherstellung der Notstandsarbeiten. Die Arbeitswilligen dürfen wirtschaftlich nicht beeinträchtigt werden.

Dies bedeutet einen glatten Bruch der Verfassung durch den Reichspräsidenten, die das Koalitions- und Streikrecht ausdrücklich garantiert.

Streik der Elektrizitätsarbeiter in Stettin

Stettin, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Hier sind gestern früh die Elektrizitätsarbeiter in den Streik getreten. Ganz Stettin und ein Teil der Provinz Pommern sind ohne Licht. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Henner hat die Technische Nothilfe eingesetzt.

*

Verschärfung der Werftarbeiterbewegung

Hamburg, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Werftarbeiterbewegung hat sich verschärft. Eine Konferenz der Werftarbeiter lehnte den Schiedsspruch ab und beschloß, Ueberstunden zu verweigern. Die erste Maßregelung soll als Streiksignal gelten.

*

Massenaussperrung des Betriebes „Kraft"

Stettin, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Das Unternehmertum hat die streikende Arbeiterschaft des Betriebes „Kraft" restlos entlassen.

Die Regierungsfaust den Eisenbahnern

Reichstagssitzung vom 31. Januar 1922

Die Sitzung wurde eingeleitet durch eine Reihe Kleine Anfragen, von denen nur eine unabhängige besondere Beachtung verdient. Dr. Löwenstein möchte wissen, inwieweit eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung des Berechtigungswesens an den öffentlichen Schulen vorgeschritten sei. Die demokratische Ministerialräätin Frau Dr. Bäumer erwiderte, die Einjährigenprüfung sei als solche abgeschafft. Ueber eine Neuordnung des Berechtigungswesens würden zurzeit mit den Ländern Beratungen gepflogen, bei denen man von dem Wesen der Einheitsschule ausgehe Hieran schloß sich die Fortsetzung der Debatte über den Reichshaushaltsplan.

Für die Demokraten sprach der Abg. Dietrich (Baden), der, obwohl seine Fraktion für das Steuerkompromiß, das doch auch die Zwangsanleihe in sich schließt, gestimmt hat, diese in Grund und Boden verdonnerte und sich nach echt demokratischer Sitte selbst mit der „Hoffnung" beseligte, daß eine innere Anleihe Erfolg bringen möge. Dann nörgelte er an der Beamtenschaft herum. Ihr Körper sei viel zu groß. Eine viel kleinere Zahl von Beamten könne dieselbe Arbeit leisten. Der ganze Apparat sei in der denkbar unökonomischsten Weise aufgezogen. Das Reichsschatzministerium verkaufe die Heeresbestände nicht, sondern vermiete sie nur. Dann wandte er sich den Eisenbahnern zu und betonte mit vielem Pathos den Grundsatz der Demokraten, daß sie niemals entstaatlicht werden dürften. Ihre schlechte Finanzlage beruhe **auf der Untätigkeit der Eisenbahnbeamten und der Tatenlosigkeit der Regierung.**

Während er Krokodilstränen über die schlechte wirtschaftliche Lage der Eisenbahner vergoß, machte er die Regierung in geradezu hetzerischer Weise scharf gegen die im Gang befindliche Eisenbahnerbewegung. Dasselbe tat er hierauf auch gegenüber den Erwerbslosen, für die er eine weit schärfere Kontrolle als bisher forderte. Besonders erregte er sich darüber, daß im vergangenen Dezember von 145 000 Erwerbslosen im Reiche sechs Zehn-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220201-13/fragment/page=0001

tel in Berlin wohnhaft waren. Diese Knickerigkeit gegen die Erwerbslosen verwandelte sich jedoch sofort in die größte Freigiebigkeit für die „notleidende Landwirtschaft", für die er das weitgehendste Entgegenkommen forderte. Also auf der einen Seite verschärfte Ausbeutung, verschärftes Elend für die Proletarier und Zuschanzung neuer Vorteile und Privilegien für den Besitz, das ist das Wesen der neudeutschen Demokratie!

Als ein womöglich noch größerer Scharfmacher entpuppte sich der Zentrums-Renommierprolete Erfing. Seine Rede war gestimmt auf den Ton: Es lebe die Sparsamkeit auf Kosten der Arbeitenden! Deshalb: rascher und gründlicher Abbau des Beamtenkörpers und schärfster Kampf gegen die „streikhetzende" Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner. Er forderte von der Regierung die schärfsten Maßnahmen gegen sie, denn ihr Ultimatum sei ein Ultimatum an das deutsche Volk und daher ein Verbrechen. Die Beamten hätten sich zu entscheiden zwischen Beamtenrecht und Streikrecht. Beides könne ihnen der demokratische Staat nicht gleichzeitig zubilligen. Hierauf polemisierte er in der unfairsten Weise gegen die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner, die er als gelbe Organisationen hinzustellen suchte, die nur mit Lügen und Verdrehungen über die wirkliche Lage der Eisenbahner arbeite. Im abgelaufenen Jahre seien den Beamten 36 Milliarden Gehaltserhöhungen bewilligt worden. Aus diesem Grunde sei die Streikbewegung mit allen Mitteln niederzukämpfen.

Der Unabhängige Henke wandte sich gegen die Vorredner wegen ihrer Haltung in der Eisenbahnerfrage. Diese Einstellung sei sogar noch reaktionärer als die mancher bürgerlicher Vertreter in der Vorkriegszeit. Auch die USPD. wünsche keine Streiks, die das Wirtschaftsleben schädigen. Aber dann müsse der Staat auch seinen Beamten ein Existenzminimum garantieren. Die Methoden des Herrn Groener schädigen nur das Reich. Das Steuerkompromiß der Rechtssozialisten sei überaus kläglich. Der Glaube, daß Ministersessel Machtpositionen seien, sei irrig. Die Unabhängigen billigten zwar die Außenpolitik des Kabinetts Wirth, sie seien aber nicht um jeden Preis für dessen Erhaltung, zumal dessen Innenpolitik es auf der Seite der Bourgeoisie sehe. Das Bekenntnis der Rechtssozialisten zu den zehn Punkten des ADGB. sei nur platonisch, da sie für dessen Durchsetzung nicht kämpfen wollen.

Der bayrische Volksparteiler und Staatsanwalt Emminger leugnete auftragsgemäß das Wesen der bayrischen Reaktion, verherrlichte dann das Steuerkompromiß „im Interesse des sozialen Friedens" und forderte die Regierung auf, im Eisenbahnerstreik hart zu bleiben und dem Streikunfug ein rasches Ende zu bereiten.

Der Reichsfinanzminister Dr. Hermes betonte seinen Eifer, die Lebenshaltung des Proletariats immer mehr herabzudrücken. Während im Vorjahr die Lebensmittelzuschüsse sich auf 22½ Milliarden beliefen, sollen sie im laufenden Jahr nur noch auf eine Milliarde für die Brotverbilligung herabgesetzt werden. Dann hielt er es für besonders notwendig, die Agrarier vor dem Vorwurf des Brotwuchers in Schutz zu nehmen. Diese hätten ihre Umlagepflicht sehr gut erfüllt. Wir könnten unserer Brotversorgung mit Ruhe entgegensehen. (Zuruf des Genossen Koenen:

„Bei 14 Mark mit Ruhe!")

Trotz aller Mißstände in den Kriegsgesellschaften könne von Korruption nicht die Rede sein. Der Abbau des Personals sei im vollen Gange. An der Versögerung der Steuerveranlagung der Besitzenden seien die Verhältnisse schuld.

Nun gab es eine Geschäftsordnungsdebatte. Genosse Koenen forderte von der Regierung, daß sie in der heutigen Sitzung eine

Erklärung über den Stand der Lohn- und Gehaltsdifferenzen bei der Eisenbahn

geben solle. Dies sei notwendig mit Rücksicht auf die gespannte Lage, und weil der Minister es nicht für notwendig erachtet habe, auch nur mit einer Silbe auf den schweren Kampf einzugehen, obwohl feststehe, daß bereits

Schupo in einzelne Eisenbahnwerkstätten eingerückt

sei, und die Arbeiter beschlossen haben, dieserhalb in den Streik zu treten. Der Reichstag muß vor seiner Vertagung unbedingt zu der Frage Stellung nehmen, umsomehr, als die Regierung die Streikenden durch all ihre Maßnahmen förmlich zum Streik aufreizt. Wenn es mit diesen Streikaufreizungen: Entlassungen, Maßregelungen, Drohungen, Einrücken von Schupo so weitergehe, müsse es zu einem verheerenden Streik kommen. Weiter forderte Genosse Koenen, daß die Fortsetzung der Etatberatung als zweiter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werde. Das Bürgertum solle hören, was die Kommunisten zu den Zeitfragen zu sagen haben. Der Minister Hermes verwies auf die Erklärung der Regierung über die Eisenbahnerbewegung im gestrigen Hauptausschuß, worauf Genosse Koenen erwiderte, daß nicht das Zwielicht der Ausschuß-Dunkelkammer, sondern das grelle Tageslicht der öffentlichen Reichstagsverhandlung die Lage und die Haltung der Regierung beleuchten müsse. Gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten lehnte Bürgertum und Rechtssozialdemokratie die kommunistischen Anträge ab. — Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.

Sozialdemokratische Spitzel und Denunzianten

Unter den Dresdener Eisenbahnern hat eine tiefe Mißstimmung gegen die Leitung des Deutschen Eisenbahner Verbandes wegen seiner Haltung während des letzten Eisenbahnerstreiks Platz gegriffen. Der Bezirksleiter des DEV., Joseph Wirth, Leiter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, versuchte nun alle Schuld auf die Kommunisten zu schieben. Dies gelang ihm Dank des einmütig von allen Eisenbahnern, gleich welcher Parteirichtung, durchgeführten Streikes nicht, im Gegenteil, die Kommunisten gewinnen an Einfluß. Um seinen schwindenden Einfluß zu retten, arbeitet der Bezirksleiter Wirth wie ein gemeiner Denunziant mit Spitzelberichten. In der „Dresdener Volkszeitung" veröffentlicht Wirth folgenden Spitzelbericht, der den vertrauenswürdigen Funktionären des DEV. ebenfalls zugestellt wurde:

Vertraulich.

Nr. 143. Dresden, den 24. Januar 1922.

Bericht.

In einer Besprechung der Vertrauensleute der KPD., die bei Lade, Dresden-A., am 17. 12. 1921 im Keller stattfand (siehe Bericht M. 107 v. 18. 1 1922), wurde beschlossen, den Eisenbahnerstreik mit allen Mitteln zu betreiben. Ferner wurde Mitteilung gemacht über die Bildung eines Sprengkommandos mit Hilfe von Angehörige der KPD. aus dem Plauenschen Grunde. Unter Hinweis auf die im Bericht M. Nr. 123 Abs. 1 dargelegten Gründe fand die nächste Besprechung betr. Sprengkommandos am 27. 12. 1921, abends 7,30 Uhr, in der Wohnung des Genossen Gustav Stürmer, Röhrhofsgasse 24, statt. Wie beschlossen, sollten bei Ausbruch des Eisenbahnerstreiks mit Hilfe eines Angehörigen der Reichseisenbahn, dessen man sich versichert hatte, die Stellwerke 1 und 2 des Hauptbahnhofes, sowie die Stellwerke des Neustädter Bahnhofes, Cossebaudi und Radebeul von den einzelnen Trupps zerstört werden. Die Genossen Gäbel, Schramm und Schreiber erhielten die Anweisung, den einzelnen Sprengtruppe zur Ausführung ihres Vorhabens zu verhelfen. Ferner sollten sämtliche Telephonanlagen gestört bzw. zerstört werden. Weiter war man bestrebt, mit Hilfe von KPD.-Angehörigen in den übrigen Gewerkschaften Stimmung für den Streik zu machen und hoffte fernerhin, die Erwerbslosen wie Kriegsbeschädigte zu Demonstrationen auf der Straße zu gewinnen. Dies sei insofern nicht ganz aussichtslos, da deren Forderungen seitens der Regierung abschlägig beschieden seien und diese nunmehr an Selbsthilfe denken müßten. Unter dem Versprechen, sich an den Eisenbahngütern schadlos halten zu können, glaubte man diese zu Absperrmaßnahmen, kleineren Zerstörungen usw. gewinnen zu können, vor allem aber zur Bewachung wichtiger Bahnstrecken. Eine Besprechung mit Frenzel, Biederbeck und Ritter, die am 29. 12. 1921, 6 Uhr abends, im Vegetarischen Restaurant, Hauptstraße 9, stattfinden sollte, mit dem Ziele, die Verbindung mit ihnen herzustellen, scheiterte an der gänzlich ablehnenden Haltung Frenzels. Man verzichtete daher auf diese Zusammenkunft und beschloß, mit dem aber bozu geneigten Biederbeck und Ritter in persönliche Verhandlungen zu treten. Fall der kommende Streik keine größeren Wirkungen zeitigen würde, will man diese Maßnahmen um so mehr ausbauen, um sie bei dem im Anschluß an den in Kürze ausbrechenden polnischen Eroberungsaufstand in Oberschlesien eintretenden Teil- bzw. Generalstreik zur vollen Auswirkung zu bringen. Ferner habe man bei einem event. Teilstreik den Vorteil, daß die Maßnahmen der Regierung und Polizeibehörde bis ins kleinste wahrnehmen und auswerten könne. Unterschrift!

Dieser erlogene und erstunkene Bericht soll nur den Zweck haben, die Kommunisten an den Galgen zu bringen und zugleich ein Wink sein, kommunistische Eisenbahner zu entlassen. Die Eisenbahnbehörde ist aufgefordert worden, Strafantrag gegen die im Bericht genannten Genossen zu stellen, damit der gemeine Denunziant Joseph Wirth auch gerichtlich bloßgestellt wird.

Die Eisenbahner sehen aus dieser Tat, zu was sozialdemokratische Gewerkschaftsführer fähig sind, sie werden es nun um so leichter haben, sich von diesen Denunziantenpack zu befreien und sich eine Führung zu geben, die ihnen den Weg des Kampfes um ihre berechtigten Forderungen führt.

Rathenau Außenminister

WTB. Berlin, 31. Januar. Der Reichspräsident hat Herrn Dr. Walter Rathenau zum Reichsminister des Aeußern ernannt

*

Rathenaus Ernennung zum Reichsminister des Aeußern ist die Fortsetzung der Politik, die seit den letzten Verhandlungen mit England aufgenommen wurde. Herr Rathenau als Außenminister wird zweifellos den Stinnesleuten nicht besonders angenehm sein. Anderseits darf nicht übersehen werden, daß die Gegensätze, die noch vor kurzer Zeit zwischen Stinnes und dem jetzigen Minister des Aeußeren vorhanden waren, heute größtenteils verschwunden sind. Rathenau ist nicht mehr frankophil, er setzt mit Stinnes auf dieselbe Karte: England. Der Unterschied zwischen beiden besteht nur im Grad des Zusammenarbeitens mit Lloyd George. Während Stinnes die Selbständigkeit der deutschen (lies: stinnesierten) Wirtschaft wahren möchte, ist Herr Rathenau bereit, sie ohne weiteres England preiszugeben. Daher auch die verschiedene Stellung der beiden zum internationalen Konsortium, das Lloyd George zum „Wiederaufbau" Sowjet-Rußlands vorschlägt. Der AEG.-Präsident will sich England vollständig unterordnen, Stinnes dagegen will mehr Bewegungsfreiheit für Deutschland. In einem sind sie sich allerdings einig: in der Lösung der Reparationsfragen innerpolitisch: durch Steuerabwälzung auf das Proletariat. Seine Rede vor dem Obersten Rat ist sein Programm. In dieser Rede hat Rathenau die Steuerbelastung des Proletariats angekündigt, er war es, der den Abbau der Lebensmittelzuschüsse durchgesetzt hat; ihm hat es die Arbeiterschaft zu verdanken, wenn sie für den Laib Brot 14 Mk. wird bezahlen müssen. Und dieser Rathenau, der Brotverteuerer ist jetzt Minister des Aeußern! So wollen es die Sozialdemokraten!

Ueber die Qualitäten des neuen Ministers ist hier das Urteil bereits gesprochen worden. Rathenau ist der beste Literat unter den Industriellen und der beste Industrielle unter den Literaten.

Für den geschlossenen Klassenkampf des Proletariats

Gegen die rechtssozialistische Koalitionspolitik für den geschlossenen Klassenkampf des Proletariats, um die Eroberung der Macht, spricht sich ein Aufruf der Zentralleitung und des Parteirats der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus. Die ganze erste Seite der „Freiheit" vom Sonntag, dem 29. Januar, wird von diesem Aufruf ausgefüllt. Ob wohl die Leser des unabhängigen Blattes merken, wie sehr im Gegensatz zu der Forderung des einheitlichen Klassenkampfes ihr Blatt von dem Dr. Hilferding und seinem parlamentarisch-journalistischen Handlanger Dr. Hertz redigiert wird. Immerhin — wenn die unabhängigen Arbeiter auf dem Posten sind, dann werden die Ziele dieses Aufrufes als eine Etappe im Befreiungskampfe des Gesamtproletariats nicht auf dem Papier stehen bleiben. Ist doch auch dieser Aufruf gegen rechts nur unter dem Druck der Massen gegen widerstrebende diplomatisierende Parteiführer der USPD., die lieber eine Einheitsfront gegen die Kommunisten bilden möchten, zustande gekommen. Aber mit dem festen Willen proletarischer Klassenkämpfer marschiert unbezwingbar die Tat.

Hungerstreik in Marburg!

Aus dem Marburger Gefängnis geht uns folgender Hilferuf der politischen Gefangenen zu:

Marburg, 29. Januar 1922.

Werte Genossen und Arbeitsbrüder!

Es ist nicht das erste Mal, daß wir uns an die Oeffentlichkeit wenden, um die Verhältnisse in dem hiesigen Gefängnis zu schildern. Alle Beschwerden und Eingaben an das Ministerium, an die Generalstaatsanwaltschaft usw. haben uns bis jetzt nicht das gebracht, was uns zusteht. Im Gegenteil, es sind noch Verschlechterungen eingetreten. Trotzdem wir „Festungshaft" haben, von der wir zum Teil schon zehn Monate verbüßten, befinden wir uns immer noch in gewöhnlichen Gefängniszellen mit kleinen vergitterten und mit matten Scheiben versehenen Fenstern. Die Kost ist einfache Gefängniskost, welche nur „kurzfristigen Gefängnisgefangenen" zusteht. Daß dieselbe oftmals völlig ungenießbar ist, haben wir schon früher geschildert. Trotz schriftlicher Zusage von seiten des Generalstaatsanwalts ist bis heute noch nichts an der Verbesserung der Kost getan worden. Dafür ist uns aber in letzter Zeit der Urlaub verringert worden. Die Besuchserlaubnis ist derartig beschnitten worden, daß es unmöglich ist, Besuch zu erhalten. Auch verbietet man uns hier alle Zeitungen, außer den „Leipziger Neuesten Nachrichten" und den hessischen bürgerlichen Blättern.

Wir sind alle bereit, mit Herrn von Jagow, welcher auch nur Festungshaft hat, zu tauschen.

Um uns unser zustehendes Recht zu erkämpfen, haben wir unsere Forderungen eingereicht.

Als erstes: Sofortige Entlassung, um unsere Familien vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu retten. Sollten wir bis Mittwoch, den 1. Februar 1922, unsere Forderungen nicht bewilligt haben, dann verweigern wir ab Donnerstag, den 2. Februar 1922, jede Nahrung.

Landarbeiterlöhne in Deutschland und Amerika

IAAB. Nach einer Zusammenstellung des Landwirtschaftsministeriums betrug im Jahre 1921 der Durchschnittslohn der Landarbeiter neben Kost und Logis 29,48 Dollar monatlich oder 37 v. H. weniger als im Vorjahre, in dem er sich auf 46,89 Dollar belaufen hatte. Es war dies der höchste je in den Vereinigten Staaten gezahlte Lohn für Landarbeiter.

Im Jahre 1916, also in dem Jahre vor der Teilnahme am Kriege, hatte der Durchschnittslohn 23,25 Dollar betragen, ist also um 6,23 Dollar höher als vor dem Kriege.

Die Löhne ohne Kost und Logis betrugen durchschnittlich 32,83 Dollar vor dem Kriege; 1920 gingen die Löhne bis auf 64,95 Dollar hinauf, im letzten Jahre aber auf 42,65 Dollar, also um 34 v. H. zurück.

Aehnlich gingen die Löhne der Erntegelähner zurück. Mit Kost und Logis sanken sie von 3,60 auf 2,12 Dollar, während sie 1916 bis 1920 von 2,67 auf 4,36 Dollar hinaufgegangen, sanken aber wieder auf 2,80 Dollar im Jahre 1921.

*

Auch in diesen Löhnen zeigt sich der Tiefstand der deutschen Arbeitslöhne. Umgerechnet in deutsche Mark bekommt der amerikanische Landarbeiter neben voller Kost und Logis wöchentlich über 350 Mark, einen Lohn, den in Deutschland noch nicht einmal die verheirateten Landarbeiter ohne Kost bekommen. Ohne Kost erhalten die Landarbeiter wöchentlich über 800 Mark Lohn, wobei zu berücksichtigen ist, daß dies Durchschnittslöhne fürs ganze Jahr sind.

Aus der Meldung des Internationalen Arbeits-Amtes Berlin geht mit Deutlichkeit der Abbau der Löhne gegenüber dem Vorjahre hervor, eine Erscheinung, die in allen Ententestaaten zu verzeichnen ist und auf die zerrüttende Wirtschaftskrise zurückzuführen ist. Mit der kommenden Arbeitslosigkeit in Deutschland werden auch die deutschen Arbeitgeber den Arbeitern den Lohn reduzieren, um auf dem Weltmarkt wieder konkurrieren zu können.

Die Agrarier schreien nach Welthandelspreisen für ihre Produkte, die Landarbeiter werden dagegen den Ruf nach Weltlöhnen erheben.

Sofortige Kohlenpreiserhöhung um 50 Mk. pro Tonne

Wie die „S. A.-Z." erfährt, hat am Sonnabend eine Sitzung des Reichskohlenrats stattgefunden, in welcher eine Preiserhöhung von 50 Mk. je Tonne Steinkohle, ohne Steuer und wie bisher von der Förderkohle gerechnet, beschlossen wurde. Die Preiserhöhung war bedingt durch die soeben erfolgende Erhöhung der Löhne für die Bergarbeiter und schließt sich dem Ausmaß der Lohnsteigerung kaum an. Sie erfolgt im Einverständnis mit dem Reichswirtschaftsministerium, das in der Sitzung vertreten war. Für das niederschlesische Syndikat berechnet sich die Preiserhöhung nach dem bisherigen Schlüssel auf 59,80 Mk. die Tonne, für das sächsische Syndikat auf 60,95 Mk. Das niedersächsische Revier war nicht vertreten, es wurde aber genehmigt, daß bei ihm eine nach dem bisherigen Schlüssel zu berechnende entsprechende Preiserhöhung eintritt. Für das Aachener Revier beträgt die Kohlenpreiserhöhung 58 Mk. je Tonne im Durchschnitt, für die Zeche Nordstern 88 Mk. je Tonne im Durchschnitt, für bayrische Pechkohle 53,20 Mk. und für nordbayrische Steinkohle (Stockheim) 37,60 Mk.

Im gleichen Ausmaß wurde auch von allen Beteiligten eine Preiserhöhung für Braunkohlen zugestimmt. Das mitteldeutsche Braunkohlensyndikat erhöht somit den Preis für Rohbraunkohlen um 10,80 Mk. und für Briketts um 34,40 Mk., das Kasseler Revier den Preis für Rohbraunkohle um 15,45 Mk. und für Briketts um 34 Mk., die Forster und Görlitzer Gruppe den Preis für Förderkohle um 10,80 M. und für Briketts um 34,40 Mk. Bei dem Rheinischen Braunkohlensyndikat beträgt die Preiserhöhung 45 Mk. für Briketts und 15 Mk. für Rohbraunkohle. Auch die Preise für bayrische Braunkohle erhöhen sich entsprechend der Lohnerhöhung u. a. für Schwandorf um 8,30 Mk. (Rohkohle) und um 29,30 Mk. (Briketts).

In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß im Monat Februar eine Neuregelung der Kohlenpreise erfolgen werde, wobei die Preise entsprechend den Forderungen der Entente eine ganz wesentliche Erhöhung erfahren müssen.

Sepp Oerter verurteilt

Braunschweig, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die bürgerliche Klassenjustiz hat den ehemaligen unabhängigen Ministerpräsidenten Sepp Oerter ohne einen tatsächlichen Beweis wegen angeblicher Bestechung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Sowjet-Rußland

Keine Verminderung der russischen Armee

Moskau, 1. Februar. Trotzki sagte im Vollzugsausschuß: Genug ist die Falle, in die man Sowjet-Rußland locken will. Sind wir erst entwaffnet, wird man uns erdrosseln wie Deutschland. Der Antrag Lenin auf Verminderung der Armee um 50 Prozent gemäß der Forderung Amerikas wurde darauf mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ausland

Arbeiterentlassungen in Nordböhmen

Prag, 30. Januar. (Intel.) Infolge des hohen Standes der tschechischen Valuta hält die Wirtschaftskrise mit unverminderter Schärfe an. In der nordböhmischen Metallindustrie, den Witkowitzer Eisenwerken, den Kesseldorfer und Staußinger Waggonfabriken, wurden von neuem tausende von Arbeitern entlassen, weil die Betriebsleitungen infolge des Mangels an Aufträgen den Betrieb einschränken. Auch in der Textilindustrie stehen neue Massenentlassungen in Aussicht.

Selbsthilfe der Arbeitslosen in Japan

Infolge zahlreicher Streiks im letzten Sommer blieben viele Arbeiter ohne Beschäftigung. In Kobe z. B. wurden 2000 von 30 000 Arbeitern der sieben größten Betriebe entlassen. Diese versuchten bald, durch Gründung besonderer Vereine sich zu helfen. Der wichtigste dieser Vereine, die „Vereinigung der Arbeitslosen", besteht in der Hauptsache aus Werftarbeitern. Er richtete drei besondere Abteilungen ein, die nach den Pressenachrichten eine lebhafte Tätigkeit entfalten. Die erste Abteilung beschäftigt sich mit der Arbeitsvermittlung. Sie sieht mit den wichtigsten Arbeitsnachweisen des Landes in Verbindung, um ihre Mitglieder unterzubringen. Die zweite oder industrielle Abteilung soll Eigenbetriebe schaffen. Sie errichtete schon eine kleine Fabrik zur Herstellung von Gummischuhen, die erweitert wird in dem Maße, als das nötige Kapital aufgebracht werden kann. Die dritte oder Handelsabteilung will Läden für Artikel des täglichen Bedarfes eröffnen, etwa auf der Grundlage der Genossenschaften.

Das Attentat auf den japanischen Ministerpräsidenten

Vor wenigen Monaten war der japanische Ministerpräsident Hara auf einer Bahnstation erdolcht worden. Es hieß erst, ein koreanischer Revolutionär sei der Täter gewesen, dann behauptete man, ein Eisenbahner habe den Ministerpräsidenten ermordet, schließlich kam heraus, daß der Attentäter ein junger Adliger war. Seitdem hat man von dem Mörder weiter nichts gehört. Die japanische Polizei hüllt sich in Stillschweigen. Nun ist auf den Nachfolger Haras, Takahashi, ebenfalls ein Attentat verübt worden. Der amtliche Bericht scheint anzudeuten, daß Takahashi noch lebt. Weiter wird erklärt, daß man den Attentäter, „einen jungen Bauern", verhaftet habe.

In Japan gibt es gegenwärtig eine starke revolutionäre Arbeiterbewegung. Trotzdem ist es durchaus unwahrscheinlich, daß diese Attentate von Revolutionären verübt worden sind, sondern alles spricht dafür, daß hinter diesen Morden die japanische Militärpartei steht. In Tokio spielt sich augenblicklich ein Kampf hinter den Kulissen ab. Die Militärpartei will keinerlei Zugeständnisse an Amerika machen und es auf den Krieg ankommen lassen. Ein Teil der Bourgeoisie und führenden Diplomaten suchen dagegen eine Verständigung. Die japanischen Junker, denen es auf einen Mord mehr oder weniger nicht ankommt, suchen offenbar alle Politiker zu beseitigen, von denen sie eine nachgiebige Außenpolitik fürchten. So dürfte Takahashi das Schicksal Haras gefunden haben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220201-13/fragment/page=0002

Kampfstille der englischen Arbeiter

Aus London wird gemeldet: Die Urabstimmung des englischen Verbandes der Maschinenbauer in der Frage der Ueberstunden ist erfolgt. Der Verbandsvorstand hatte es gewagt, in dieser Zeit furchtbarster Arbeitslosigkeit den Mitgliedern die Leistung von Ueberstunden zu empfehlen. Die Abstimmung sprach sich aber mit 50 000 gegen 35 000 Stimmen gegen die Leistung von Ueberstunden aus.

Eine Konferenz in London, auf der die Vertreter von 500 000 Arbeitern der englischen Bauindustrie anwesend waren, erklärte sich einmütig gegen die von den Unternehmern verlangte Verlängerung der Arbeitszeit.

Ernste Unruhen in Kalkutta

TU. Paris, 31. Januar. In Kalkutta haben gestern ernsthafte Unruhen stattgefunden. Die Polizei wurde von Aufständischen, die die Freigabe von Gefangenen verlangten, mit Steinwürfen empfangen und gab Feuer auf die Masse. Es soll dabei zu zwei Toten und 40 Verwundeten gekommen sein. Der Aufstand hat eine ziemliche Ausdehnung angenommen. Man spricht von 400 Verhaftungen.

Das Schweizer Zuchthausgesetz

WB. Bern, 31. Januar. Der Schweizerische Nationalrat hat am Dienstag in der Schlußabstimmung die Lex Haeberlin mit 166 gegen 30 Stimmen angenommen. Die Lex Haeberlin sieht in Ergänzung des schweizerischen Bundesrates besondere Strafen zum Schutz der Verfassung und gegen die revolutionäre Propaganda vor. Gegen die Vorlage stimmten die Kommunisten, die Sozialdemokraten sowie vier weitere Abgeordnete.

*

Das Kleinbürgertum der „freien" Schweiz gibt sich seit einiger Zeit besondere Mühe, an der Spitze der europäischen Reaktion zu marschieren. Die Lex Haeberlin ist ein Schandgesetz gegen die Kommunisten und gegen die gesamte proletarische Bewegung der Schweiz. Mit diesem Gesetz folgt die Bourgeoisie den Spuren des bismärckischen Preußen und des zaristischen Rußland. Die revolutionäre Arbeiterbewegung wird mit derartigen Mitteln nicht unterdrückt werden können.

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistische Erfolge im Textilarbeiterverband

In der Textilarbeiter-Generalversammlung in Tribes (Thüringen) wurde eine Zunahme an Mitgliedern von 473 festgestellt. Bei den Neuwahlen erhielten die Kommunisten die absolute Mehrheit in der Verwaltung. Bisher waren die ADGB-Leute im Besitz der übergroßen Mehrheit im Gesamtvorstand. Außerdem wurden von 15 zur Wahl gestellten Kollegen für das Gewerkschaftskartell 14 Kommunisten gewählt. Bei den folgenden Auseinandersetzungen über die Taktik während des letzten Streiks wurde die Haltung des Zentralvorstandes und des Gauleiters scharf kritisiert.

Wieder ein Erfolg

In der Zahlstelle Singen in B. des DMV. wurde vor einigen Wochen unser Genosse Heindel mit mehreren Stimmen Vorsprung gegenüber dem rechtssozialistischen Kandidaten zum Geschäftsführer der Zahlstelle gewählt. Der bureaukratische Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes versucht den kommunistischen Erfolg damit zunichte zu machen; daß er die Bestätigung des Genossen Heindel ablehnte und ein kommunistisches Mitglied der Ortsverwaltung in Singen seines Postens enthob. Dasselbe Schicksal sollte auch die übrigen Mitglieder der Ortsverwaltung ereilen.

Alle diese Mätzchen waren aber erfolglos. Denn — als es zur Neuwahl kam, wurde Genosse Heindel wieder gewählt, und der kommunistische Vorsprung gegenüber dem Rechtssozialisten vergrößerte sich nun von 100 auf 300 Stimmen.

Wenn alle Arbeiter Deutschlands das Beispiel ihrer Singener Genossen nachahmen, werden sie mit der Gewerkschaftsbureaukratie, mit der Arbeitsgemeinschaft bald fertig werden.

Arbeitszeit der in Steinkohlenbergwerken unter Tage beschäftigten Arbeiter

Dem Reichsrat ist vom Reichsarbeitsministerium ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Absicht verfolgt, die gesetzlich zulässige Höchstarbeitszeit im Steinkohlenbergbau unter Tage festzulegen. Der Entwurf sieht zunächst eine einheitliche Berechnung der Schichtzeit vor, die künftig für jeden einzelnen Arbeiter vom Betreten des Förderkorbes bei der Einfahrt bis zum Verlassen des Förderkorbes bei der Ausfahrt berechnet werden soll. Als regelmäßige Arbeitszeit gilt diejenige Schichtzeit, die sich aus den am 1. Oktober 1921 geltenden Tarifverträgen ergibt. Für Ausnahmefälle, in denen am 1. Oktober 1921 kein Tarifvertrag bestanden haben sollte, wird eine Schichtzeit von sieben Stunden vorgesehen, die aber bei besonders ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen vom Reichsarbeitsminister auf Antrag um höchstens eine halbe Stunde verlängert werden kann. Durch allgemein verbindlichen Tarifvertrag soll die Arbeitszeit anders geregelt werden können. Für Betriebspunkte mit einer Wärme von 26 bis 32 Grad, von über 32 bis 36 Grad und von mehr als 36 Grad Celsius sollen in den Tarifverträgen abgestufte Verkürzungen der Arbeitszeit vereinbart werden. Nötigenfalls soll die Bergbehörde die Verkürzungen anordnen. Abgesehen von diesen Gesetzesbestimmungen sollen die allgemeinen Vorschriften über die Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben Anwendung finden.

Resolution zur Gewerkschaftsfrage

Einstimmig angenommen in der Zentralausschußsitzung der KPD. vom 22. und 23. Januar 1922

Die Gewerkschaften sind die Massenorganisationen des Proletariats, die es braucht, um sich bessere wirtschaftliche Existenzbedingungen zu erkämpfen. Da nach dem Kriege diese Aufgabe nicht mehr innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft erfüllt werden kann, müssen die Gewerkschaften sich einstellen auf den Kampf zur Beseitigung dieser Wirtschaftsordnung und für die Aufrichtung der sozialistischen Produktionsweise.

Aber statt des Kampfes gegen den kapitalistischen Unternehmer predigt die jetzige Gewerkschaftsführung die Arbeitsgemeinschaft und den Wirtschaftsfrieden. Durch diese Politik schwächt sie die Positionen der Arbeiterklasse, während durch sie umgekehrt der Kapitalist zu immer erfolgreicheren Angriffen auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse ermutigt wurde. So konnten in den Jahren nach dem Kriege noch nicht einmal die allgemeinen und wesentlichen Verschlechterungen der Arbeiterexistenz verhindert werden. Ungeheure Arbeitslosigkeit wechselt ab mit Ueberschichten und Ueberstundenarbeit, Prämienwirtschaft und Akkordsystem. Schlichtungsordnung mit Aufhebung des Streikrechts, Arbeitszeitgesetz mit Beseitigung des Achtstundentages, Beitragsleistung für Arbeitslosenversicherung unter Beseitigung der Erwerbslosenfürsorge, das sind die neuesten Schamlosigkeiten, die das Ausbeutertum in Deutschland der Arbeiterklasse unter dem Schutze der Arbeitsgemeinschaft zu bieten wagt.

Wie national, so verfagt auch international die arbeitsgemeinschaftliche Gewerkschaftsführung. Am 20. April 1921 verpflichtete sich die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, ihre ganze Kraft für die Erfüllung des Versailler Friedensvertrages einzusetzen, und Pfingsten 1921 erklärten die deutschen Gewerkschaftsführer den Entente-Botschaftern, daß sie zur Erfüllung der Reparationsleistungen keinen Eingriff in die Sachwerte fordern wollen, weil nur durch die Mehrleistungen der Arbeiterschaft die Milliarden für die „Erfüllung" aufgebracht werden könnten. Wenn trotz dieser Verpflichtungen der ADGB. seine 10 Forderungen aufstellt, so nur unter dem Drucke der Massen, die er nachher aber wieder irreführte, indem er ihre Mobilisierung für diese Scheinforderungen absichtlich verhinderte. Das geschieht, weil die Gewerkschaftsführer in der Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten bleiben wollen, statt die Massen zum Kampf gegen sie zu sammeln. Dieses Verlagen der herrschenden Gewerkschaftsbureaukratie hat bereits eine Verzweiflungsstimmung in breite Schichten der Arbeiter getragen. Stagnation der gewerkschaftlichen Bewegung, Rückgang der Mitgliederzahlen, erneuter Indifferentismus großer Massen, namentlich der Angestellten, teilweise sogar Massenflucht aus den Verbänden und das Anwachsen gewerkschaftsfeindlicher Stimmungen in Arbeiterkreisen sind die Folgen.

Den Ursachen dieser Erscheinungen versuchten die Kommunisten in den Gewerkschaften mit aller Kraft entgegenzuwirken. Sie handelten dabei im Sinne der Kongreßbeschlüsse der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale. Wenn sie durch die Arbeit ihrer Zellen und Fraktionen die Führung der Gewerkschaftsbewegung anstreben, so nur zu dem Zwecke, die Verbände ihrer eigentlichen Aufgaben im Klassenkampfe dienstbar zu machen. Aus der Erkenntnis, daß die Gewerkschaften nur dann brauchbare Organe im Abwehr- und Angriffskampf der Arbeiter gegen den Kapitalismus sein können, wenn sie einheitlich und geschlossen sind, wirkten die kommunistischen Fraktionen mit aller Kraft allen Spaltungs- und Austrittsbewegungen entgegen. Diese Arbeit war von einem doppelten Erfolg: sie erhöhte die Zahl der revolutionären Elemente in den Gewerkschaften, machte sie klarer und zielbewußter und sie verhinderte anderseits den mit größten Anstrengungen unternommenen Plan der Gewerkschaftsbureaukratie, die Kommunisten durch Ausstoßen aus den Verbänden von den Arbeitermassen zu trennen. Daß der Erfolg dieser Arbeit der Kommunisten und der KGI. noch nicht zu greifbareren Ergebnissen führte, liegt begründet in der Jugend dieser Bewegung und in der Tucht, mit der die allgemeine Krise in den wechselndsten Formen auf der Arbeiterklasse lastet.

Von den Erscheinungen dieser Krise angekränkelt, entwickelten sich in den Kreisen ehemaliger Kommunisten (Gruppe Levi) wie auch in den Reihen der Partei (Gruppe Friesland) Strömungen, die Rettung aus den Schwierigkeiten der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit suchten in ihrer Anpassung und Annäherung an die Prinzipien von Amsterdam. Diese Annäherung zwang sie schließlich, die Aufgabe der ganzen kommunistischen Gewerkschaftspolitik und sogar die Auflösung der Roten Gewerkschaftsinternationale zu fordern.

*

Entgegen dieser Liquidatorenstimmung und gegenüber dem immer deutlicher in Erscheinung tretenden absoluten Versagen der Amsterdamer Gewerkschaftspolitik, der Bankrottwirtschaft der Arbeitsgemeinschaft, sowie entgegen der Verzweiflungsstimmung in weiten Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder hält der Zentralausschuß es für notwendig, daß die Kommunisten mit noch größerer Energie als bisher praktisch tätig sind für die Revolutionierung der Gewerkschaftsmassen, für die Durchsetzung einer der Arbeiterklasse nützenden Gewerkschaftspolitik, die herbeizuführen ist durch die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung, Zusammenfassung der Berufsorganisationen zu Industrieverbänden, einheitliche Kampfführung, wirkliche internationale Verbindung zur gegenseitigen Unterstützung und Stärkung im Kampfe. In den kommenden unvermeidlichen Lohn- und Steuerkämpfen müssen die Kommunisten erneut energisch für die Verbreiterung und Zusammenfassung der Kämpfe tätig sein, um so die Arbeiter in der lebendigen Bewegung mit den Grundsätzen des Aktionsprogramms der KJ. und der KGI. vertraut zu machen. Wird dann das Proletariat und seine Gewerkschaftsorganisation diese Grundsätze in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus in Anwendung bringen, dann werden sie in ihnen brauchbarere und erfolgreichere Waffen haben, als es die arbeitsgemeinschaftlichen Methoden der Amsterdamer sind.

Vom Tage

Eier und Suff

Nach statistischen Feststellungen sind allein in Berlin in den letzten Monaten 500 neue Likörstuben eröffnet worden. Das Begleiterscheinungen, sowie Schlemmerdielen mit erotischen Begleiterscheinungen, erscheint demnach noch immer dringender als die Abstellung der Wohnungsnot. Die Verpfuschung von Lebensmitteln führt nicht nur zu einem Mißbrauch des Korns, sondern auch die Verteuerung der Eier bis zu 5 Mark und mehr, wird jetzt auf ihre Verwendung zu Eierkognak zurückgeführt. Eine parlamentarische Anfrage macht darauf aufmerksam, daß die Eierpreise dadurch maßlos hinaufgetrieben werden, daß norddeutsche Likörfabriken waggonweise Eier in Bayern aufkaufen, um daraus Eierlikör herzustellen. Auch in mecklenburgischen Blättern werden von einer einzigen Hamburger Firma bis zu 6000 Stück Eier wöchentlich zur Herstellung von Eierkognak gesucht. — Mögen die Armen und Kranken ohne die notwendigen Stärkungsmittel elend krepieren, wenn nur die Schlemmer in der deutschen Republik zu fressen und zu saufen haben. Es lebe der Luxus und die hohe Obrigkeit!

Massenkindesabtreibungen in München

TU. München, 31. Januar. Wie die Morgenblätter melden, wurden gestern vom Landgericht München 12 Angeklagte wegen vollendeter oder versuchter Kindesabtreibung zu Gefängnisstrafen von vier bis sechs Monaten verurteilt. Fünf wurden freigesprochen. Die anderen Verhandlungen mit den 81 Angeklagten dauern noch fort. Es werden aber demnächst weitere große Verhandlungen wegen Kindesabtreibung beim Landgericht München stattfinden, wobei sich über 100 Angeklagte zu verantworten haben werden.

*

Wie lange sollen die mittelalterlichen Abtreibungsparagraphen noch bestehen? Sie sind längst zum blutigen Unsinn geworden. In der heutigen Zeit, wo der Staat keinem Arbeiterkind eine ausreichende Lebensmöglichkeit garantiert, hat er am wenigsten ein Recht, die Verhinderung solcher Elendsgeburten zu bestrafen. Darum nieder mit den Paragraphen 218 und 219!

Vergiftung. Kattowitz, 1. Februar. In Boguschütz erkrankten nach dem Genusse von Fleisch zwanzig Personen unter Vergiftungserscheinungen. Zwei Personen sind bereits gestorben. Von den übrigen Erkrankten schweben einige in Lebensgefahr.

Sorgen Sie vor

das ist ein Rat, den wir Ihnen nicht oft genug in der jetzigen Zeit geben können, denn die Preise für Waren aller Art steigen mit erschreckender Schnelligkeit und es tritt bereits ein empfindlicher Warenmangel in allen Erzeugnissen ein. Wir haben **frühzeitig** die jetzige Lage vorausgesehen und haben uns mit **gewaltigen** Warenmassen eingedeckt, so daß wir auch heute noch für unsere **anerkannt guten** Qualitätswaren **billige** Preise fordern können. In allen Lägern unseres großen Hauses finden Sie noch volle Sortimente in allen Artikeln des täglichen Bedarfs und solchen, welche die Mode schuf. In der jetzigen schweren Zeit zeigt sich einmal wieder **unsere überragende Leistungsfähigkeit** durch die Macht unseres Einkaufs und durch beste Beziehungen zu den maßgebendsten Fabriken.

Brunner & Benjamin

Halle a. S. Große Ulrichstrasse 22-24

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220201-13/fragment/page=0003

Gebe sofort die Bestellung für den „Klassenkampf" auf!

K ☆ P ☆ D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1473. Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 6 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Mittwoch, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der „Produktivgenossenschaft", Lerchenfeldstraße 14: **Sitzung aller kommunistischen Mitglieder des Gastwirtsgehilfen-Verbandes.**

Distrikt 4. Der Frauenabend findet bestimmt am Sonntag, dem 5. Februar, abends 6 Uhr, bei Seert, „Goldene Spitze", statt.

8. Distrikt. Mittwoch, d. 1. Februar, abds. 7 Uhr, treffen sich alle Zehner- und Hundertschaftsführer sowie die Distriktskassierer im „Neuen Bürgergarten", Liebenauer Straße.

Distrikte 9 und 9a. Mittwoch, den 1. Februar, abends 7½ Uhr, im „Letzten Dreier": **Mitgliederversammlung.** Referent ist anwesend. Alle Genossen bringen ihre Frauen mit.

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Distrikt 16 (Ortsgruppen Lieskau, Schieritz, Lettin, Dölau). Mittwoch den 1. Februar, abends 8 Uhr, bei Dieschke in Dölau: **Information sabend.** Der Genosse R. Schoenland ist selbst anwesend, um seine Vortragsreihe zu beginnen. Die Kursusleitung ersucht um noch stärkere Beteiligung als am ersten Abend. Die Teilnehmerzahl muß auf 100 gebracht werden. Die Ortsgruppe Lieskau ist um besondere Teilnahme ersucht.

Distrikt Nimmendorf. Mittwoch, den 1. Februar, abends 7½ Uhr: **Bezirksversammlungen.** Nimmendorf, in der „Kronshanschenke"; Beesen, im „Deutschen Haus"; Radewell, im „Burgschlößchen"; Osendorf, im „Dreierhaus". Tagesordnung wird in den Versammlungen bekanntgegeben.

Petersberg. Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Krause: **Mitgliederversammlung.**

Diesdau. Freitag, den 3. Februar, im Gasthof Schwarze: **Mitgliederversammlung.**

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg.

Zörbig. Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, im „Dotztheenhof": **Mitgliederversammlung.**

Gr.-Krosigk. Sonnabend, den 11. Februar: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Oertel.

Holzweißig. Freitag, den 3. Februar, abends ½8 Uhr: **Generalversammlung.**

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda.

Staritz. Mittwoch, d. 1. Februar, abds. 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Tagesordnung: „Der Steuerrundzug". Referent: Genosse Holzweißig.

Unterbezirk Merseburg.

Dürrenberg. Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 Uhr: **Diskussionsabend.**

Unterbezirk Naumburg-Weißenfels-Zeitz.

Zeitz. Sonntag, den 5. Februar, abends 6 Uhr, im kleinen Saal des „Preußischen Hofes": **Mitgliederversammlung.** Wichtige Tagesordnung.

Teuchern. Donnerstag, den 2. Februar, abends 6 Uhr, im großen Vereinszimmer des „Grünen Baum": **Gründungs-Versammlung des Mieter-Vereins. Thema:** „Gründung, Zweck und Ziel eines Mieter-Vereins". Ref.: Herr Willi Bock, Theißen.

Naumburg. Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, im Restaur. „Goldener Hahn": **Mitgliederversammlung.** Mitgliedsbuch legitimiert.

Unterbezirk Saugerhausen.

Saugerhausen. Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 Uhr, in der „Bierhalle": **Mitgliederversammlung.**

Reinsdorf. Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 2 Uhr: **Oeffentl. Versammlung.** Ref.: Landtagsabgeordneter Kilian.

Bock, Krausenstraße 11, I.
empfiehlt 489
ohne Preisaufschlag:
Herren-Anzugstoffe, Damenstoffe, Manteltuche in allen Farben 180 breit, karierte Mantelstoffe, moderne Frühjahrs-Neuheiten, Kieler Drell für Knaben-Anzüge, Seiden-Rips 120 breit, Meter 80 M.

Fellsammler!
steigert Euren Verdienst, in dem Ihr sämtliche Felle, Wolle und Roßhaare an die **Hallesche Fellhandlung, G. m. b. H. Kleiner Sandberg 14** abliefert. :: :: **Ueberzeugt Euch.** *74

Masken, Narrenkappen, Saaldekorationen, Scherzartikel, Girlanden, Luftschlangen, Schneebälle, Konfetti usw.
empfiehlt 488
Albin Hentze, Schmeerstraße 24.

Bekanntmachung.

Anmeldungen für die **städtische Frauenschule** werden **bis** zum 20. Februar, Burgstraße 45, entgegengenommen. Nähere Bekanntmachung an den Anschlagsäulen.

Halle, den 30. Januar 1922.

Der Magistrat. 485

Hausfrauen!
Kauft nur in den Geschäften, welche im **„Klassenkampf"** inserieren.

Soeben erschienen!

Almanach
des Verlages der Kommunistischen Internationale

Mit Beiträgen von: Lenin / Sinowjew / Trotzki / Bucharin / Radek / E. Varga / Rosa Luxemburg / Karl Liebknecht / John Reed / Arthur Ransome / Upton Sinclair / O. W. Kuusinen / Gussew / Kafafa / Josef Pogany / Artur Werner / P. Werner

330 Seiten — Mit 39 Illustrationen

Preis: Broschiert Mk. 45.— / Organisationsausgabe Mk. 18.—

Der ab 1. Jan. 1922 geltende Preisaufschlag ist eingerechnet

Zu beziehen durch:
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg
alle Buchhandlungen u. Auslieferungsstellen der KPD.
*72

Geselligkeits-Verein „Alvino". Sonnabend, d. 4. Febr.: **Großer Preis-Maskenball „Hardenberg-Kasino",** 487 Hardenbergstraße 1.

Jeder Sportverein ob groß oder klein, benötigt Drucksachen!
Fordert Offerten von der Produktiv-Genossenschafts-Druckerei, Halle-S., Lerchenfeldstr. 14, an. Fernruf 2251

Piesteritz.

Oeffentl. Sitzung der Gemeindevertretung
Freitag, den 3. Februar, 6 Uhr, im Sitzungssaale des Gemeindeamtes.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Mitgliedes zur Wohnungskommission als Hausbesitzer.
2. Rückgewährung der auf den Milchverkauf von 1920 entfallenden Umsatzsteuer an den Milchhändler Scheußner.
3. Ausbau von zwei Notwohnungen in dem Neubau an der Triftstraße.
4. Antrag der Lehrerin Meidel auf Gewährung einer weiteren Beihilfe für die Teilnahme an einem Kursus für heilpädagogischen Unterricht in Charlottenburg.
5. Antrag der Lehrer an der gewerblichen Fortbildungsschule auf Erhöhung des Stundengeldes.
6. Erhöhung der Gebühren für die Benutzung der Freibank.
7. Bewilligung der Vertretungskosten für den Schulamtsbewerber Erhard an Stelle des erkrankten Lehrers Wagner.
8. Errichtung einer Hilfsschule ab 1. April 1922 für schwachbegabte Schüler.
9. Bewilligung d. Vertretungskosten der Lehrerin Meidel, die am 1. April 1922 die Hilfsschule übernehmen soll.
10. Unterbringung einiger heilbedürftiger und kranker Kinder in Erholungsanstalten.
11. Bericht über den Stand der Verhandlungen bezüglich des in Aussicht genommenen Freiladegleises am Bahnhof Kleinwittenberg.
12. Bericht über den stattgefundenen Verhandlungstermin bezgl. der Schaffung einer Tarifstation Piesteritz und Apollensdorf.
13. Endgültige Beschlußfassung über die Zulassung der Presse als amtliche Bekanntmachungsorgane der Gemeinde.
14. Bericht über die Prüfung der Gemeinde-Rechnung für das Rechnungsjahr 1920, sowie Feststellung derselben und Entlastungserteilung des Gemeinderechnungsführers.
15. Anschaffung eines Bücherschrankes für die Volksbibliothek sowie einiger Bureaumöbel.
16. Antrag betreffend Ziegenbockhaltung.
17. Gewährung eines Zuschusses an die Kraftverkehrsgesellschaft für die Verkehrslinie Wittenberg-Piesteritz
18. Neueinstufung des Schuldieners Hoppe.
19. Ausbau des Zeichensaales der neuen Schule zu zwei Klassenräumen.
20. Kenntnisgaben, Wirtschaftsangelegenheiten u. Verschiedenes.

Piesteritz, den 31. Januar 1922.

Der Gemeinde-Vorsteher
Kuntz.

87

KOSMOS
Gesellschaft der Naturfreunde
bietet für jedermann einen
billigen und guten
Lesestoff
Belehrend – Unterhaltend
Jedes Mitglied erhält bei dem Vierteljahresbeitrag von
nur Mk. 12⁵⁰
jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und 4 gute Bücher erster Schriftsteller
Mit gebundener Buchbeilage vierteljährlich 4.— Mk. mehr.
Zu beziehen durch:
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H.
Abteilung: Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren Filialen:
Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44.
Volksbuchhandlung, Merseburg, Markt 7.
Volksbuchhandlung, Eisleben, Breiter Weg 8.
Volksbuchhandlung, Zeitz, Bismarckstraße 4.
Volksbuchhandlung, Weißenfels, Dammstraße 18.
Helbra, K. Burghardt, Bolzenschächterstraße 4.

Allerhöchste Preise
für Bruch u. Gegenstände als
Gold, Silber, Platin
zahlt
Hauffe, 70
Krukenbergstr. 26, pt., und Große Steinstraße 40, I.

Lichtspiele Piesteritz.
Dienstag bis Donnerstag.
Der große Meisterfilm:
Der Schicksalstag.
In den Hauptrollen:
Merti Cristianen, Eugen Klöger. 82
Hierauf:
Das gute nordische Lustspiel
„Puppchen, Du bist mein Augenstern".

Empfehle
Wollwaren Schnittwaren Kurzwaren u. Korbwaren
zu soliden Preisen. 86
Paul Langhammer, Mühlberg.

Fußbälle
Spezialität: Marke „Salagrat"
vo. Banzer-Kernchromleder
anerkannt erstklassig!
Jungmann-Bälle
Sportgerechte
Fußballstiefel, Jugendstiefel.
Solide Ware. 11
Große Auswahl.
J. Schürer & Cie.
Halle (Saale), Große Ulrichstraße 49, (Eingang Kaulenberg).

3 Bautischler oder Glaser
(Warmmacher)
stellt sofort ein *112
Rich. Staud, Zörbig.

Licht-Spiele
Donnerstag: 480
Neues Programm.
Beachten Sie bitte das morgige Inserat
?
Im Herzen der Stadt

Fellsammler!
Treffpunkt bei
Gebr. Danglowitz
Fischerplan 2. 71

Reparaturen an Uhren sowie Gold- und Silber-Gegenständen u. Schmucksachen übernimmt bei solider Ausführung zu normal Preis.
H. Lerner, 14
Uhren-Reparatur-Werkstatt,
Gr. Steinstraße 85
(gegenüber Barfüßerstraße).

Schlaf-Zimmer, Küchen und einzelne **Möbel** in allen Preislagen liefert
G. Schaible,
Gr. Märkerstraße 26.
Neben Ratskeller. 482

Kauft Zigarren, Zigaretten bei großer Auswahl billigst im **Zigarrenhaus** 10
Schuller, Krukenbergstr. 25.

Alle Parteischriften Volksbuchhandlung.

Möbliertes Zimmer
für jungen Herrn **sofort zu vermieten.** F
Marx,
Beesener Straße 75, pt., l.

Stadt-Theater.
Donnerstag, den 2. Februar, Anfang 7½, Ende 11 Uhr:
Figaros Hochzeit.
Oper von Mozart.
Freitag: 488
Nichtöffentliche Vorstellung.

Hallisches Operetten-Theater
am Riebeckplatz (Fernruf 6183)
Mittwoch, den 1. Februar, abends 7½ Uhr:
Die Geisha.
Donnerstag, den 2. Februar, abends 7½ Uhr:
Der Vetter aus Dingsda.
Vorverkauf tägl. ab ½10 Uhr.

Guterhalt. Anzüge, Jopen, Jacketts, Hosen, neue Militärhosen, Röcke, Mäntel, Paletots, Kittel usw. preiswert. 490
Hammer,
Nathausstraße 17.

Gut erh. **Langflesel,** Gr. 41/42, zu verkaufen. 484
Gr. Brunnenstr. 25, 5. l. l.

Zeitungs-Makulatur
verkauft der
Verlag Klassenkampf
Lerchenfeldstraße 14.

Für die Spende des Vereins „Eintracht", Röglitz, zugunst. unseres lieben Inhaftierten Franz Wagner sagen wir herzlichen Dank. Fam. Wagner.

Leere Stube
mit Kochgelegenheit und Keller von älteren, ruhigen Eheleuten zu **mieten gesucht.** Angebote an das **Korbwarengeschäft** von **Paul Kind,**
Halle a. d. S., Triftstraße. 483

Metallschleifer
gesucht. 478
Gebr. Plato, Gr. Brauhausstr. 29.

Theater-Café Mansfelderhof
Eisleben. Täglich Eisleben.
Künstler-Konzerte.
Nachmittags 4—6 Uhr. Abends 8—12 Uhr.
Ausgeführt vom Künstler-Trio: 1
Becker **Schröck** **Billges**
Angenehmer Aufenthalt.
Direktor A. W. Meth.

Annahmestelle
für
Hüte zum Umpressen, Färberei u. chemisch. Reinigung
sowie 76
Pelzfärberei u. Umarbeitungen
Zeuner, Eisleben, Markt 5.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220201-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 1. Februar 1922

Dölitz gegen Weider

Der Polizeidirektor verklagt die „Allgemeine Zeitung".

Die Hintermänner der „Allgemeinen Zeitung" haben eingesehen, daß sie politische Geschäfte in Halle trotz großen Geld- und Papieraufwandes nur schwer machen können. Sie versuchten nach dieser Erkenntnis das überhaupt Unmögliche zuerst mit einem schlüpfrigen Roman in der Art des scheußlichsten Vorstadtfilms und sind nun, da sie abermals vergeblich spekulierten, auf die Methode des Auskundschaftens und der Veröffentlichung von Nachttopf- und Bettgeheimnissen heruntergekommen. Darüber sind sich in Halle alle anständigen Menschen — ganz gleich, welche Gesinnung sie sonst haben — einig, daß es in dieser Stadt, vielleicht im ganzen Bezirk, kein schlimmeres Revolverblatt gibt, als eben das Stinnesblatt. Dies Urteil haben wir sogar schon aus dem Munde angesehener Mitglieder der Deutschen Volkspartei gehört. Einen solchen journalistischen Tiefstand, wie die „Allg. Ztg.", haben nicht einmal die Kübelgießer in der Leipziger Straße erreicht; sie erscheinen heute, gemessen an den Leistungen der Stinnesjournalisten in Halle, als anständige Leute. Das liegt wohl im wesentlichen daran, daß die „Hall. Ztg." ihren bisherigen guten Freund und Gewährsmann, den Spitzel Weider, an die „Allg. Ztg." abgeben mußte. Nachdem das deutschnationale Blatt durch seine Lügenmeldungen und schwindelhaften Informationen ein paarmal gehörig blamiert worden war („Mordplan" gegen Abel), hat man W. dort anscheinend abgehaftert und so ist dieses Spitzelgenie zum Spion und Informator des Stinnesblattes geworden. Ob die „Allg. Ztg." seine Zuträgereien besser bezahlt, als ihre Halbschwester aus der Leipziger Straße, entzieht sich unserer Kenntnis; denn der Geldsack der Stinnesleute ist auf Millionenzuwendungen für die Stinnesierung, d. h. Korumpierung der öffentlichen Meinung zugunsten der großkapitalistischen Herrschafts- und Profitpolitik eingestellt.

Vor kurzem wurde in der „Allg. Ztg." über den rechtssozialistischen Polizeidirektor Dölitz berichtet, er habe seinen Schwiegersohn, der bei der grünen Polizei angestellt ist, zur beschleunigten Karriere durch die Zuwendung einer Stelle in der Polizeiverwaltung, Dreyhauptstraße, verholfen. Dölitz erklärte diese Meldung für erfunden. Er sandte der „Allg. Ztg." eine Berichtigung des Inhalts, daß er gar keinen Schwiergersohn habe. Seine Tochter sei weder verheiratet noch verlobt. Da das Stinnesblatt die Berichtigung nur verstümmelt wiedergegeben hat und auch andere Gründe haben Dölitz, wie wir erfahren, Veranlassung gegeben, von der Staatsanwaltschaft ein Beleidigungsverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur der „Allg. Ztg." zu fordern. Seine Absicht soll nicht so sehr die Bestrafung des Zeitungskulis von Stinnes sein, sondern die Aufdeckung der Quelle, aus der die Pamphlete stammen, die Ermittlung des Gewährsmannes der „Allg. Ztg.". Dölitz hat den Spitzel Weider in Verdacht, daß er fortgesetzt Bolzen gegen ihn dreht und sie den Zeitungen als Material liefert.

So seltsam dies gespannte Verhältnis zwischen dem Stinnessozialisten Dölitz und dem Hallischen Stinnesblatt ist, so gleichgültig lassen uns die persönlichen Schmerzen und Ungelegenheiten des Polizeidirektors. Unschuldig bezieht man nicht in jedem Falle Prügel, und jedermann weiß, daß Herr Dölitz sie nicht nur durch manche Handlung verdient hat, sondern auch durch gewisse Unterlassungen. Uns kommt es darauf an, an Hand dieses Falles die Oeffentlichkeit auf den neuesten Weider-Skandal aufmerksam zu machen und auf die Umstände, die jenen Kerl in den Stand setzen, sein schofles, dunkles Handwerk noch immer ausüben zu können als Beamter der Staatspolizei. Wie kommt es, daß Weider noch immer in Halle ist, trotzdem seine Versetzung wiederholt beantragt worden ist bei der Regierung in Merseburg, der die Staatspolizei des Bezirks untersteht? Die Antwort pfeifen in der Schutzpolizei die Spatzen von den Dächern: Dölitz ist einerseits ohnmächtig gegen die Clique monarchistisch gesinnter Polizeioffiziere, die Weider um jeden Preis in der Nachrichtenabteilung halten, und gegen den deutschnationalen Regierungspräsidenten Gersdorff, der natrülich mit seinen Gesinnungsgenossen sympathisiert. Man braucht Weider zur Bespitzelung von Kommunisten und anderen „gefährlichen" Personen, zu denen sogar der — — — Polizeidirektor Dölitz selbst zählen soll!

Andererseits können die Offiziere Weider nicht fallen lassen, da er zu tief in die Geheimnisse jener Clique gesehen hat, die seit der Maercker-Invasion gegen Halle hier die Interessen der Konterrevolution und der wilhelminischen Militaristen durch Proletariermorde, Waffenschiebungen, Bildung und Bewaffnung von Geheimorganisationen vertreten haben. Weider soll wiederholt gegenüber anderen Polizeibeamten sich mit dieser Wissenschaft gebrüstet und erklärt haben, wenn man es wagen sollte, ihn von Halle zu versetzen, würde er Geheimnisse preisgeben, die seine Vorgesetzten bloßstellen und unmöglich machen werden, auch den Polizeidirektor Dölitz.

Diese Frechheit des Spitzels Weider charakterisiert die Zustände in der sogenannten republikanischen Schutzpolizei. Deren Führung befindet sich in den Händen von offenen Monarchisten oder von sehr zweifelhaften „Republikanern". Die Organe der Republik haben fast jeden Einfluß auf sie verloren, weil sie sich viel zu schwächlich gezeigt haben gegenüber den Anmaßungen der Militaristen alten Schlages, denen sie zuerst Vertrauen schenkten durch die Kommandoübertragung, und denen sie auch gar nicht mit Nachdruck gegenübertreten können, weil die Offiziere immer sagen, daß ihre Blutarbeit an den Kommunisten die Regierung überhaupt ihre Herrschaft verdanke. Auf diesem Boden muß selbstverständlich die Korruption wuchern.

Herrn Dölitz ist sie zu bunt geworden. Er will mit seiner Klage Wandel schaffen. Ob's ihm gelingen wird? Große Hoffnungen haben wir nicht. Denn hätte er als Kommandeur der in Halle liegenden Schutzpolizei irgendwelchen Einfluß auch nach rechts und gegen die Offiziere gehabt, dann hätte er seine polizeilichen Machtbefugnisse mit Nachdruck anwenden können und, falls ihm der Regierungspräsident in den Arm gefallen wäre, seine Entlassung nehmen müssen. Angesichts dieser schwächlichen Unterlassungen in der Vergangenheit, die der Offiziersclique und ihrem Werkzeug Weider erst den Einfluß verschaffte, der Dölitz jetzt selbst gefährlich zu werden droht, ist für die Zukunft auch nicht viel zu erwarten. **Aber er kann nun nicht mehr zurück.** Durch die Klage ist der Kampf eröffnet. Und die Oeffentlichkeit wird, obgleich ihr Herr Dölitz als Person reichlich gleichgültig sein dürfte, seinem Verlauf und Ausgang mit einigem Interesse entgegensehen. Denn es ist in Wirklichkeit der Kampf um die Herrschaft in der Schupo.

Staatsbankrott oder Währungszusammenbruch

Zu diesem Thema sprach in einer Versammlung des Hallischen Wirtschafts- und Verkehrsverbandes, eine Neuauflage des Hansabundes, der Präsident des Landesfinanzamtes Magdeburg, Geheimrat Dr. Schwarz.

Mit dieser Versammlung trat der Wirtschafts- und Verkehrsverband zum ersten Mal an die Oeffentlichkeit. Die Entwicklung des Bergbaues und der Industrie rücken Halle immer mehr in den Mittelpunkt des deutschen Wirtschaftslebens, und diese besonders schnelle Entwicklung legen der mitteldeutschen Industrie und Geschäftswelt, besonders aber den Kommunen, große Verpflichtungen auf. Der Vorstand des Verkehrsverbandes hegt neue Pläne, neue Projekte, die er in nächster Zeit der Oeffentlichkeit unterbreiten wird.

Der Präsident des Finanzamtes Magdeburg, Dr. Schwarz, stellte fest, daß der Staatsbankrott, der von allen Regierungsstellen mit allen Mitteln bestritten wird, nicht solche katastrophalen Folgen hätte als der Währungszusammenbruch. Staatsbankrott haben wir nicht, aber Währungszusammenbruch. Hinter verschlossenen Türen sprechen allerdings die Regierungsmänner anders als in der Oeffentlichkeit. Aus diesem Dilemma kann sich der Staat retten durch eine Devaluation, d. h. die gesetzliche Herabsetzung der Währung, z. B. die Regierung erklärt, von einem bestimmten Tage an hat die Mark nur noch 10 Pf. oder 20 Pf. Wert, oder durch die Wertstabilisierung, d. h. die Währung wird auf eine bestimmte Zeitdauer zu einem bestimmten Wert festgesetzt. Bis 1909 war die deutsche Reichsbank eine vollkommen unabhängige Institution, während des Krieges ist sie zur dienenden Magd der Regierung geworden. Wir sind noch nicht am Ende unseres Währungselends, in das wir durch die Haßpolitik der Entente, durch sozialistische Experimente und durch falsche Steuerpolitik hineingekommen sind. Alle Hoffnung müssen wir auf Genua setzen, nachdem uns Cannes auch enttäuscht hat. Wenn wir nicht zu entwürdigende Bedingungen bekommen, müssen wir sie annehmen. Wir müssen zufrieden sein, wenn uns die Entente vor dem äußersten Zusammenbruch bewahrt. Mit der Besserung der Valuta fällt der Schleuderpreis fort, der die Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse nur möglich macht. **Uns bleibt nur ein Ausweg, der Handel mit Rußland.** Die Erfüllung kann nur geschehen durch gesteigerte Sach- und Arbeitsleistung. **Es muß mehr gearbeitet werden. Die Arbeiterschaft muß den Achtstundentag fallen lassen und sich zu Ueberstunden bereit erklären. Denn die freien Stunden der Arbeiter führen nur zu übermäßigem Luxus der Arbeiter.** (Einem Geheimrat kann man ja so etwas schon zutrauen.) Seine Beamten im Magdeburger Finanzamt arbeiten, nur um den Forderungen der Arbeiterschaft nach der Besteuerung der Besitzenden nachzukommen, täglich zehn bis zwölf Stunden, um — die Steuereinschätzungen für 1920 fertigzumachen. (Wie rührend.)

Zur Gesundung der Finanzen müssen die Lebensmittelzuschüsse abgebaut, die Defizite der Reichsbetriebe beseitigt und das Beamtenheer eingeschränkt werden. Die Regierung hat die Wünsche der Industriellen erfüllt. **Die Erhöhung der Eisenbahntarife auf das 32fache und der Steuern von 50 Milliarden auf 100 Milliarden bringen der Volkswirtschaft Ruhe und Sicherheit.** (So weltfremd kann auch nur ein preußischer Geheimrat sein.)

Bei der Besprechung der Sachleistungen machte er das bedeutsame Eingeständnis, zu dem die Löwen des Wirtschaftslebens verständnisinnig nickten, **daß der Wert der ausgeführten Industrieprodukte sich aus ein Drittel Arbeitslöhnen, ein Drittel Materialpreisen und ein Drittel Unternehmergewinn zusammensetzt.**

Mit dem Steuerkompromiß wird die Regierung in Genua keinen Anklang finden, denn die Verbrauchssteuern sind noch zu niedrig bemessen. Der Zucker müßte heute 28 Mk. pro Pfund kosten, die Erhöhung der Steuer von 14 auf 50 Mk. ist eine Bagatelle, auch Bier, Branntwein und Tabak ist viel zu niedrig besteuert. Der Wein- und Bierverbrauch ist gesunken. (Dabei ist festgestellt, daß der Umsatz an Sekt sich um 1 Million Flaschen vermehrt hat.) Das Währungselend hat schlimme Folgen gezeitigt, weil die Regierung **alle Forderungen der Beamten in reichlichem Maße bewilligt** und entbehrliche Beamte weiter beschäftigt hat. (Wenn man auch als Teuerungszulage mehr bekommt, als die unteren Beamten Gehalt und Teuerungszulage zusammen, kann man allerdings zufrieden sein. Die deutsche Republik sorgt für ihre monarchistischen Beamten in ausreichendem Maße.) Hinaus aus dem Währungselend führt uns: die Oeffnung der russischen Grenze, die Aufhebung der Schutzzölle, eine sparsame Reichswirtschaft (heißt Entlassung von Beamten, Lohnabbau). Keine sozialistischen Seitensprünge, keine „wilden Streiks". Die breiten Arbeitermassen müssen sich einsetzen für die Hebung der Produktion, dürfen sich nicht von der Parteipolitik leiten lassen. Dazu brauchen wir eine Regierung, die sich auf eine starke parlamentarische Mehrheit stützt, die nur das Beste für die deutsche Volkswirtschaft (lies Privatkapital) will.

Der Besuch der Versammlung bewies, daß das Bürgertum sich um seine Interessen in weit höherem Maße kümmert als die Arbeiter um die ihrigen. Die Kapitalisten der Provinz Sachsen können zufrieden sein, ihre Steuereinschätzung liegt beim Präsidenten des Landesfinanzamtes in guten Händen. Für diesen guten Geheimrat, dem das Beamtenheer zu groß ist und dessen Forderungen in reichlichem Maße bewilligt worden sind, der noch nicht genug Steuern zahlt, ist es allerhöchste Zeit, daß er seine Worte in die Tat umsetzt und aus dem Finanzdienst verschwindet; denn ein Beamter, der selbst erklärt, die Besitzsteuern zerrütten die Wirtschaft, stören das Wirtschaftsleben, zu dem kann man kein Vertrauen haben, daß er die Besitzsteuern auch restlos einzieht. Es ist ein Skandal ohne gleichen, wenn ein hoher preußischer Beamter die Industriellen indirekt auffordert, den Achtstundentag zu durchbrechen und seine eigene Gesetzesverletzung als Beispiel anführt. Der Arbeitsminister muß sich um diesen Beamten einmal etwas kümmern.

Achtung, Kommunistische Fabrikarbeiter! Am Freitag, abends 7 Uhr, findet in der Produktivgenossenschaft eine Fraktionssitzung statt.

* **Hallesche Röhrenwerke.** Morgen Donnerstag, nachmittags 4½ Uhr, findet im kleinen Zimmer der Produktivgenossenschaft eine Sitzung der dort beschäftigten Kommunisten statt.

* **Der Unterricht in den hiesigen Schulen** beginnt von heute, 1. Februar, wieder um 8 Uhr.

* **Vor dem Betreten des Eises auf der Saale** muß jetzt dringend gewarnt werden, da durch das eingetretene Tauwetter die Eisdecke bereits stark zermürbt ist.

* **Der Intendant des hiesigen Stadt-Theaters,** Herr Leopold Sachse, der sich ehrlich bemüht hat, das hiesige Stadt-Theater seiner wahren Bestimmung zuzuführen und darum von der Hakenkreuzlerpresse aufs heftigste bekämpft wurde, ist als Leiter des Stadt-Theaters nach Hamburg und Breslau berufen worden. Wie wir hierzu noch erfahren, hat sich Herr Sachse für Hamburg entschieden.

* **Freie Volksbühne. (Thalia-Theater.)** „Der eingebildete Kranke." „Ein Heiratsantrag." Spieltage: K: Mittwoch, den 1., L: Donnerstag, den 2., M: Sonnabend, den 4., N: Montag, den 6., O: Mittwoch, den 8. Februar.

* **Freie Volksbühne.** Der Lichtbildervortrag Prof. Frankls am 10. Februar verspricht einen besonders hohen und anschaulichen Genuß. Der Vortragende, der Kunsthistoriker unserer Universität, wird die Gipfelpunkte der Malerei der letzten hundert Jahre in ausgewählten Lichtbildern vorführen. Der Vortrag wird nicht eigentlich Belehrung geben, sondern zu lebendiger Anschauung und gegenwärtigem Genuß hinführen. Der Kartenverkauf in der Geschäftsstelle ist im Gange.

* **Den Erstickungstod** erlitt ein aus Halle stammender Zugführer des D-Zuges München—Berlin dadurch, das ihm beim Essen etwas in die Luftröhre geriet. Der D-Zug mußte auf offener Strecke halten. Man schaffte den Toten nach Halle.

Nietleben

Achtung, Mieter! Am Freitag, dem 3. Februar, abends ½8 Uhr, findet in der „Sonne" eine Mitgliederversammlung des Deutschen Mieterverbandes, Ortsgruppe Nietleben, statt. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen.

Holleben — Beuchlitz — Schlettau

Arbeitereltern, die Augen auf! Seit einiger Zeit tritt in Holleben und Nachbarorten ein deutsch-christlicher Klimbimverein in den Vordergrund unter der fürsorglichen Obhut der Schulmeister und der von „Gott eingesetzten" reaktionärer Pfaffen. Bedauerlich ist es, daß es fast ausschließlich nur Arbeitereltern sind, die ihre Töchter und Söhne in diesen Verein hineinschicken. Arbeitereltern, es ist höchste Zeit, daß Ihr erwacht. Haltet Eure Kinder von diesem Verein, der nur die Interessen Eurer Ausbeuter vertritt, fern. Sie gehören in die Organisation der Jungproletarier, in die Kommunistische Jugend, nur dort können sie zu tüchtigen Kämpfern der Arbeiterklasse erzogen werden. - Also heraus aus diesen christlichen Vereinen, unterstützt die jungproletarische Bewegung!

Könnern

Heraus mit unseren Gefangenen! Noch immer befindet sich unser Genosse Hermann Bethge unschuldig hinter den Kerkermauern. Trotz des Wiederaufnahmeverfahrens und der Vernehmung der Zeugen ist bis heute noch nichts geschehen. Wir erheben den schärfsten Protest gegen dieses Justizgebaren und verlangen die sofortige Entlassung unseres Genossen sowie auch aller anderen, die von der Weißen Justiz noch zurückgehalten werden. Wir fragen den Staatsanwalt in Halle, ob er schon etwas unternommen hat, um die Postsperre des Genossen Rosenhahn aufzuheben?

Aus dem Gerichtssaal

Ein neues Opfer des Spitzels Grimm

Vor der Strafkammer stand nochmals die „Waffenschiebung", die Hallische Arbeiter am 7. August 1920 durch das Einsammeln der Waffen im Sangerhäuser Bezirk vorgenommen haben sollten. Die Genossen Schmidt und Gewert sind schon vor ungefähr einem Jahre abgeurteilt worden, Schmidt zu 2 Jahren, Gewert zu 15 Monaten.

Gestern stand der 22jährige Weis unter der gleichen Anklage vor Gericht, er soll in der Nacht vom 6. zum 7. August 1920 in der Städtischen Gasanstalt das Auto geholt haben, mit dem am nächsten Tage im Sangerhäuser Kreise die gesammelten Waffen abgeholt wurden. Wie die Verhandlung ergab, spielte dabei der berüchtigte, im Dienste des Garnisonkommandos stehende, wegen Meineides verhaftete und dann vom Dessauer Staatsanwalt wieder freigelassene und heute unauffindbare Spitzel Grimm, eine Hauptrolle. Er hat die Sache ausgeheckt, von Anfang an durchgeführt, die Ausweise gefälscht und dann die Mittäter verraten. Der ganze Plan ging dahin, den Stadtrat Osterburg und den Landrat Kalparef in die Sache hineinzubringen und sie so unmöglich zu machen. Die Verhandlung ergab keinen Beweis für die Beteiligung oder Beihilfe zur Urkundenfälschung, doch liegt Betrug durch die Anmaßung der Eigenschaft eines Sipobeamten vor.

Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis wegen Betrugs, zwei Monate Untersuchungshaft wurden angerechnet, für die restlichen 4 Monate wurde eine 3jährige Bewährungsfrist zugebilligt, da er nur als Mitläufer und Verführter angesehen wurde. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr 3 Monate beantragt.

Parteigenossen und -genossinnen!

Morgen, Donnerstag, den 2. Februar, abends 7½ Uhr, im großen Saale des „Volksparks":

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Genosse Sachse spricht über:

„Die weltpolitische Lage und die nächsten Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse"

Genossen und Genossinnen, erscheint zahlreich und zeigt Interesse für die Probleme, die Ihr zu lösen habt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schneider; für Anzeigen Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Hiermit bestelle ich vom ..... den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

mit der täglichen Beilage: „Leben, Wissen, Kunst", den Beilagen: „Kämpfende Jugend" und „Die kommunistische Frau" zum Preise von 11 Mark monatlich bei freier Zustellung ins Haus

Name: .....

Ort: ..... Straße: .....

Diesen Bestellschein bitte im Kuvert als offene Drucksache mit 50 Pf. frankiert an uns gelangen zu lassen: Halle, Verlag Klassenkampf, Lerchenfeldstraße 14. — Alle Abonnements- und Anzeigengelder sind nur auf das Postscheckkonto Leipzig 108818 Fritz Kroh, Halle, einzusenden.

Postzeitungsbezieher geben die Bestellung sofort bei ihrem zuständigen Postamt auf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220201-13/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Die Wohnungsnot im Wirtschaftsgebiet Halle-Merseburg

(Schluß.)

Wenn nun auch die Mittelbeschaffung für die Wohnbautätigkeit bis zur Grenze des rentierlichen Wertes im allgemeinen gesichert ist, so ist die schwerwiegende Frage der Beschaffung der Mittel zur Deckung des unrentierlichen Wertes noch vollkommen ungelöst. Die Reichs- Landes- und Gemeindebaukostenzuschüsse sollen jetzt durch die Erträge der Wohnungsabgabe gedeckt werden. Der Anteil Preußens wird für das Rechnungsjahr 1922 auf 140 Millionen geschätzt. Jetzt ist eine fünffache Erhöhung in Aussicht genommen. Dadurch würde das Gesamtaufkommen in Preußen auf 1 400 000 000 Mark geschätzt werden können, damit würde ungefähr der unrentierliche Wert von etwa 40 000 Kleinwohnungen gedeckt werden können. Bei einer Ausschüttung nach Art und Umfang der bisher geübten Verteilung würde der Bezirk Halle-Merseburg nur sehr wenig für eine wirksame Bekämpfung der Wohnungsnot tun können. Hier muß immer berücksichtigt werden, daß die Wohnungsnot in diesem Bezirk nicht nur eine allgemeine Folge der verminderten Bautätigkeit ist, sondern erheblich verschärft wird durch die Entstehung neuer Industrieen und der dadurch bewirkten stärkeren Zuwanderung an Arbeitnehmern. Dieses besonders große Wohnungselend bedingt auch zu seiner Minderung besonderer Mittel.

Vor allem erscheint notwendig, daß alle Kräfte einer großzügig vorausschauenden planmäßigen Wohnungsfürsorge durch Zusammenfassung zur größtmöglichsten Leistungsfähigkeit in geld- und bauwirtschaftlicher Hinsicht gesteigert werden. Nur durch die Zusammenfassung kann die erforderliche Pflege des Gemeinschaftsnotwendigen wirksam gemacht werden. Gemeinschaftsfürsorge bedingt Zurückstellung der Einzelbelange. In der kommunalen Wohnungsfürsorge müßte zunächst der kurzsichtig-engherzige Pfahlbürgergeist verschwinden, der nur eine Sorge um die Befriedigung der Bedürfnisse im Bannkreis des Kirchturms seiner Gemeinde kennt.

Die Grundlage jeder größeren praktischen Arbeit auf dem Gebiet der Wohnbautätigkeit erfordert ein bestimmtes Bauprogramm für eine größere Zeitspanne. Erst dann können alle wirtschaftstechnischen Maßnahmen zur Erreichung des größten Erfolges mit dem geringsten Aufwand im größten Ausmaß angewendet werden. Nehmen wir einmal an, daß nach einem Bauprogramm im Laufe von zehn Jahren im Wirtschaftsgebiet Halle-Merseburg 20 000 Kleinwohnungen hergestellt werden sollen. Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Vorteile einer geregelten Massenherstellung können die Gesamtkosten auf etwa 1 500 000 000 Mk. geschätzt werden. Hiervon sind etwa 700 000 000 Mk. als unrentierlicher Wert anzunehmen.

Wenn man berücksichtigt, daß in der Zeit der gegenwärtigen Teuerung die Möglichkeit durch Mietzuschläge und Steuermaßnahmen große Summen aufzubringen, gering ist, so wird man nur folgern können, daß die erforderlichen Mittel zur Durchführung eines großzügigen Bauprogramms zunächst auf dem Wege der Anleihe aufgebracht werden müssen. Der freie Kapitalmarkt brauchte für diesen Zweck zunächst gar nicht in Anspruch genommen zu werden. In erster Linie würden die gemeinwirtschaftlich gebundenen Kapitalien herangezogen werden, die auf eine sichere und zugleich produktive Anlage warten.

Wenn zum Beispiel die Stadtkreise Halle und Merseburg und die Landkreise Saalkreis und Merseburg zu einem Zweckverband sich zusammenschließen zwecks Durchführung des oben bezeichneten Bauprogramms, so wäre damit zunächst eine zweigleise Grundlage zur Regelung der Geldfragen gefunden. Durch die kommunalen Sparkassen dieses Gebiets in Verbindung mit der Provinzialbank könnte eine sehr leistungsfähige Kreditanstalt für die Beschaffung von Hypotheken, Baugeldern und Zwischenkredite geschaffen werden.

Welche Gesamtvorteile würde die angeregte Bildung eines besonderen Verbandes zur Förderung der Wohnbautätigkeit für das Wirtschaftsgebiet Halle-Merseburg in Aussicht stellen?

1. **Gesicherte Finanzierung eines bestimmten für einen längeren Zeitraum bemessenen Bauprogramms für Kleinwohnungen,**
2. **die Möglichkeit einer wirksamen vorausschauenden Bewirtschaftung (Bereitstellung und Verwendung) der erforderlichen Baustoffe,**
3. a) **Regelung aller Ansprüche aus § 55 des Kommunalabgabengesetzes (Verpflichtung der Betriebsgemeinden zur Leistung von Zuschüssen an die Wohngemeinden zur Deckung der Mehrausgaben für Zwecke des öffentlichen Volksschulwesens, der öffentlichen Armenpflege oder für polizeiliche Zwecke),**
   b) **Regelung der Festsetzung über die besonderen Leistungen bei Neuordnung der Gemeinde-, Kirchen- oder Schulverhältnisse infolge Gründung neuer Ansiedelungen.**

Die hier dargelegten Gedankengänge sind in Form besonderer Berichte dem Oberpräsidenten, dem Landeshauptmann und dem Regierungspräsidenten eingereicht worden. Diese haben weitgehendste Unterstützung aller derjenigen Maßnahmen in Aussicht gestellt, die der Behebung der Wohnungsnot dienen. Um nun auch den erforderlichen Rückhalt bei der Bevölkerung und vor allem auch bei den Trägern der Selbstverwaltung zu erreichen, erscheint es notwendig, daß alle Fragen, die der Förderung der Wohnbautätigkeit dienen können, in der Oeffentlichkeit einer ausreichenden Besprechung gewidmet werden. Es steht zu erwarten, daß auch die öffentliche Kritik zur Klärung des Urteils über die sachliche Durchführbarkeit der hier gegebenen Anregungen wesentlich beitragen wird. Notwendig erscheint es aber, daß noch einmal mit Nachdruck darauf hingewiesen wird, daß das im hiesigen Bezirk vorhandene Wohnungselend und die dadurch ausgelösten gemeinschädlichen Wirkungen sofort umfassende Abhilfemaßnahmen dringend notwendig machen.

Es wird darauf ankommen, alle Volksschichten für die Mitarbeit zu gewinnen. Zu diesem Zwecke findet eine Versammlung am 11. Februar, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Kreishauses, Merseburg, Kleine Ritterstraße 16, statt. Hierzu werden alle Behörden, Berufsvereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die mit Wohn- und Siedelungsfragen sich beschäftigende Organisationen und die politischen Kreisvereine eingeladen. In dieser Versammlung werden die hier zur Erörterung stehenden Fragen von verwaltungsrechtlicher, bautechnischer und finanztechnischer Seite eingehend besprochen werden.

•

Wir haben vorliegender Zuschrift des Merseburger Landrats gerne Raum gegeben, weil es sich um eine sehr brennende Frage handelt. Die Wohnungsnot in Mitteldeutschland wird immer größer, weil gerade hier große industrielle Anlagen vorhanden sind mit einer zahlreichen Arbeiterschaft. Der Artikel bezweckt vor allem die Gründung eines Zweckverbandes für die Stadtkreise Merseburg und Halle und die Landkreise Saalkreis und Merseburg; man hofft damit eine Grundlage zu finden zur Regelung der finanziellen Seite. Den Optimismus, der in dem Artikel dabei zum Ausdruck kommt, können wir jedoch nicht teilen. Gewiß würden dabei manche Vorteile entstehen, ob aber etwas wirklich Großzügiges durchgeführt werden kann, ist sehr zu bezweifeln. Die Wohnungsmisere, die nicht erst seit heute und gestern besteht und die sich täglich verschlimmert, kann unseres Erachtens nur auf radikale Weise gelöst werden: durch Enteignung von Grund und Boden und Sozialisierung des Wohnungswesens! Solange das nicht geschieht, werden alle Schritte nur Palliativmittelchen sein, die uns aus dem Wohnungselend nicht herausführen.

Die gnädige Frau fährt Mist

Auf der Landfrauentagung in Halle haben sich nach dem Referat von Frau Knaak (Magdeburg), Leiterin der Frauenabteilung der Technischen Nothilfe, die landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine der Provinz Sachsen einstimmig korporativ der Technischen Nothilfe angeschlossen.

Nun ist die Landwirtschaft gerettet, ein Streik der Landarbeiter ist nun nicht mehr möglich, denn wenn die Technische Nothilfe durch all die „gnädigen Frauen", Baroninnen und Rittergutsbesitzerinnen verstärkt, wenn erst die „gnädigen Frauen" den Stall ausmisten und Mist fahren oder gar mit kurzgerafften Röcken die schwere Erntearbeit verrichten, dann müssen ja die Landarbeiter, überwältigt von soviel persönlichem Opfermut der „gnädigen Frauen", jeden Streik einstellen. Nur werden die Frau Baronin und Frau Rittergutsbesitzerin von So und So bei dieser Arbeit schmutzige Finger bekommen und einen Duft ausströmen, der beim Fünf-Uhr-Tee gerade nicht angenehm empfunden wird. Es muß einen rosiferlichen Anblick abgeben, wenn die „gnädige Frau" mit dem Melkeimer in den Kuhstall geht und die Kuh, der Mißhandlung ihres Euters durch ungeschickte Hände sich widersetzend, sich ihrerseits in Liebtosungen, die sich in Tritten auswirken, gegen die ungewohnte Melkerin ergeht.

Die Landarbeiter sehen aber auch aus diesem Beschluß, daß die Junker und Agrarier mit allen Mitteln gegen die um ihr nacktes Leben ringenden Landarbeiter rüsten.

Berichtigung einer „Berichtigung"

Wir veröffentlichten vor einigen Tagen eine Zuschrift des Breslauer Generalstaatsanwalts, worin dieser von uns kritisierte Zustände in der Strafanstalt Jauer zu „berichtigen" versucht. Daß die Berichtigung keine war, haben wir bereits dargelegt. Erst erhalten wir aber von einem Arbeiter aus Greppin ein Schreiben, worin das nur bestätigt wird, was wir seinerzeit kritisiert hatten. Unsere Leser mögen daraus ersehen, welchen Wert staatsanwältliche Berichtigungen haben, die wir aber aufzunehmen gezwungen sind, wenn sie den preßgesetzlichen Vorschriften entsprechen. Andernfalls würden wir sie ohne weiteres dem Papierkorb überliefern. Der Greppiner Arbeiter schreibt also:

Ich habe den Artikel in Nr. 306 des „Klassenkampf" vom 31. Dezember 1921 gelesen und bin als ehemaliger Insasse der Strafanstalt Jauer vollständig damit einverstanden gewesen, da es voll und ganz den Tatsachen entspricht, was darin angeführt wurde. Umso erstaunter war ich, in der Nr. 20, vom 27. Januar 1922, eine „Berichtigung" des Herrn Generalstaatsanwalt in Breslau zu finden.

Ich habe gehört, daß der Hauptwachtmeister Blümel zu einem Gefangenen sagte, weil er nachts außerhalb der Schlafzoje getroffen wurde: „Wenn ich Sie erwischt hätte, hätte ich Sie über den Haufen geschossen." Die Insassen der Einzelzellen 1 bis 3 werden das bezeugen, ich selbst war in Zelle 4. Das Abendessen entspricht wohl nach Menge, nicht aber nach Nährwert, dem Bedürfnis und mit dem Brot nach Karten kommt wohl auch der Herr Generalstaatsanwalt nicht aus. Als uns anläßlich des Hungerstreiks der Generalstaatsanwalt mit seinem Besuch beehrte, brachte ich ihm die Wünsche der Genossen vor, daß die Kojen offen bleiben sollten, der anwesende Arzt wandte sich jedoch dagegen.

Es befindet sich in jeder Zelle und Gemeinschaftsraum eine „Hausordnung der Königlichen Strafanstalt zu Breslau vom Jahre 1903". In den ersten Tagen, als wir nach Jauer kamen, mußte uns Genosse Demler aus Ammendorf diese Hausordnung vorlesen; als er sagte, das Wort „Königliche" stimmt nicht, antwortete der Wachtmeister: „das stimmt schon." Nach dem Vorlesen ging ich zum Wachtmeister und wünschte auch den Nachtrag vom Jahre 1918 zu hören, betr. Aufhebung des Schweigegebotes, Raucherlaubnis und Lesen von Zeitungen. Es wurde mir gesagt, ich solle auf meinen Platz gehen, und nach zehn Minuten wurde ich in Einzelhaft gebracht. Am nächsten Tage wurde ich in Abwesenheit des Direktors dem Oberinspektor vorgeführt, der mich im Kasernenton anfuhr, wie ich mir erdreisten könne, aufreizende Reden zu führen. Ich sagte ihm, daß mir eine Bestimmung der Regierung nicht vorenthalten werden könne, worauf er mir antwortete: **„Hier gibt es keine Regierung und keinen Justizminister, hier bestimmen wir."** In meine Akten schrieb er darauf einen langen Artikel über mein aufreizendes Benehmen. Zeitungen sind zugelassen bis zum USP.-Blättchen, aber keine kommunistischen Zeitungen. In Gemeinschaft werden sie aber nur alle Sonntage ausgehändigt, trotzdem es in der Bestimmung heißt, die Zeit zum Lesen müsse den Gefangenen gelassen werden. Aus dem Grunde lesen wohl auch nur sieben Gefangene Zeitungen. Bei der gemeinsamen Erkrankung handelte es sich nicht um einen „leichten Darmkatarrh". Die Erscheinungen traten Montag früh auf. Sonntag abend gab es ganz dünne Suppe, von den Gefangenen wird sie nur Annestiesuppe genannt. Was es für Suppe war, kann ich nicht sagen, ich nehme aber an, daß es ein zurückgestelltes Kriegsfabrikat war. Dem Herrn Generalstaatsanwalt aber wünsche ich trotz alledem keinen solchen „leichten Darmkatarrh", wie ich ihn hatte. Will man nun etwa vielleicht wieder „berichtigen"?

P. S., Greppin.

An alle Unterstützungsberechtigten der „Roten Hilfe"!

Um aufgetretene Mißverständnisse zu beseitigen, teilen wir hierdurch mit, daß ab 1. Januar 1922 die Unterstützungssätze betragen:

Für die Frauen der gefangenen, gefallenen oder flüchtigen Genossen monatlich 160 Mk., für jedes Kind 80 Mk.

Alle Veränderungen, Entlassungen, Anträge usw. sind nach wie vor nicht direkt an uns oder direkt nach Berlin zu richten, sondern an die Ortsgruppenvorsitzenden.

Alle Ortsgruppen der KPD., sowie unsere Vertrauensleute werden aufgefordert, nur direkt mit dem Bezirkskomitee zu verkehren und alle Neuanträge, sowie alle Veränderungen uns mitzuteilen. Bei allen Beschwerden ist die Angabe der auf dem Berliner Postabschnitt angegebenen Nummer notwendig.

Halle, 31. Januar 1922.

Bezirkskomitee der „Roten Hilfe"
Sitz: Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14.

6. Quittung des Arbeiter-Hilfskomitee für Sowjet-Rußland, Halle-Merseburg

Sammlungen: Ortsgruppe Artern, 255 Mk.; Ortsgruppe Lichtenburg, 200 Mk.; Ortsgruppe Annaburg, durch Genosse M. M. 50 Mk.; Dachdecker-Verband Mühlberg, 50 Mk.; A. Schneider, Mühlberg, 50 Mk.; Ortsgruppe Möstich-Tornau, 70 Mk.; Kommunistische Kindergruppe Zeitz, 37,55 Mk.; Arb.-Turn-Verein Canena, 100 Mk.; durch Genosse Köppe, Elsben, 150 Mk.; Bandoniumklub Piesterig, 105 Mk.; Kommunistische Jugend Gerbstedt, 10 Mk.; Kegelklub „Eintracht" Kretzschau 100 Mk.; Sangerhausen, 100 Mk.; Genosse M., Eisleben, 5 Mk.; Ortsgruppe Halle, 1600,55 Mk.; Durch Genosse Koch, Naumburg, 1777,75 Mk.; Arbeiter der Landkraftwerke Kulkwitz, 243 Mk.; Komitee „Arbeiter-Hilfe für Sowjet-Rußland" Eisleben, 172 Mk.; Bischofsroda, durch Genosse König, 50 Mk.; durch Genosse Lentzsch, Piesse, 97 Mk.

Marken: Können, 10 Mk.; Ortsgruppe Trebitz, 125 Mk.; Ortsgruppe Ammendorf, 40 Mk.; Ortsgruppe Radberg, 296 Mk.; Ortsgruppe Sangerhausen, 30 Mk.; Ortsgruppe Dürrenberg, 10 Mk.; Ortsgruppe Hohenmölsen, 200 Mk.; Ortsgruppe Merseburg, 5 Mk.; Ortsgruppe Groß- und Kleinleihna, 315 Mk.; Ortsgruppe Mücheln, 45 Mk.; Ortsgruppe Peuch, 45 Mk.; Ortsgruppe Zeitz, 55 Mk.; Ortsgruppe Reideburg-Büschdorf, 135 Mk.; Ortsgruppe Seeben, 80 Mk.

Zeitungen und Broschüren: Ortsgruppe Können, 4 Mk.; Ortsgruppe Delitzsch, 250 Mk.; Ortsgruppe Bischofsroda, 22 Mk.; Bezirksbuchhandlung Halle, 15 Mk.

Karten: Ortsgruppe Können, 88 Mk.

Arbeiter-Hilfe für Sowjet-Rußland.
Bezirkskomitee Halle-Merseburg.
Sämisch.

Brehna

Landbund und Wohlfahrtspflege. Als seinerzeit die Wahlen für den Wohlfahrtsausschuß vorgenommen wurden, regte der Vorsitzende des hiesigen Landbundes, Oekonomierat Sernau, an, auch Landwirte mit in den Ausschuß zu wählen, da sie bereit wären, Bedürftige mit Lebensmitteln zu unterstützen. Durch das Verhalten einiger USP.-Stadtverordneter erhielten bei der Wahl die Landwirte und ihr Anhang die Mehrheit. Auf unseren Protest hin, da die Zusammensetzung im Ausschuß durchaus nicht der Struktur der Bevölkerung entsprach, wurde eine Neuwahl vorgenommen und ergab diese ein gerechteres Resultat. Auch hatten die Landwirte ihre Vertretung bekommen. Vor Weihnachten wurde im Ausschuß ein Antrag angenommen, für die Bedürftigen hierorts eine Sammlung zu veranstalten. Trotz der obigen Versicherung lehnten die Landwirte ab mit der Begründung, daß sie eine eigene Sammlung für die Bedürftigen veranstaltet hätten. Ihr Vertreter im Ausschuß gab noch die Erklärung ab, daß die Landwirte den Wohlfahrtsausschuß nicht als das ansehen, was er sein sollte. Hier kommt bei diesen Herrschaften die Machtfrage zur Geltung. Weil sie im Ausschuß nicht die Majorität bekommen haben, fehlt ihnen das Interesse dafür. Da kann man keine Begünstigungspolitik treiben. Nun, der Wohlfahrtsausschuß weiß sich frei von einer solchen und betätigt sich nicht, wie gewisse Leute, bei Verteilung von Gaben, je nach der politischen Gesinnung. Und wie ging die Verteilung der Sammlung des Landbundes vor sich? Von zwölf Kriegswitwen sollen nur zwei etwas erhalten haben, dabei noch nicht einmal die ganz Bedürftigen. Sonst hat man überhaupt nichts gehört. Wir brauchen ja nur auf die letzten Wahlen hier zurückzugreifen, wo am Tage vor der Wahl einige ältere Leute Kartoffeln erhielten und mit der Kutsche zur Wahlurne gefahren wurden, mit dem Stimmzettel (natürlich kein kommunistischer) in der Hand. Selbstverständlich sind diese Landwirte stramme Christen, die für die Not ihrer Mitmenschen großes Verständnis haben, gemäß dem Spruch: „Wohltun und mitzuteilen vergesset nicht". — Voraussetzung ihrer Mitgliedtätigkeit ist aber das Vorzeigen einer deutschnationalen Visitenkarte oder zum mindesten die Versicherung, sich bald eine solche anzuschaffen.

Delitzsch

Oeffentliche Gewerkschaftsversammlung. Mittwoch, den 1. Februar, abends 8 Uhr, findet im „Lindenhof" eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung über „Die zehn Forderungen des ADGB." statt. An der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft wird es nun liegen, daß diese Forderungen nicht nur veröffentlicht, sondern auch verwirklicht werden. Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte! Erscheint daher in Massen in dieser Versammlung!

Wolfen

Stenographiekurse. Wie uns mitgeteilt wird, beginnen hier unter sachkundiger Leitung Stenographiekurse nach dem System „Gabelsberger". Eventuelle Interessenten werden hierdurch gebeten, sich am Mittwoch, dem 1. Februar, abends 8 Uhr, im „Vereinsheim", Gasthof Steinfurth, einzufinden. Das Honorar beträgt bei kostenfreier Stellung der erforderlichen Lehrbücher, 40 Mk. für den Kursus. Wir bitten die Parteigenossen, sich zahlreich an dem beginnenden Unterrichtskursus zu beteiligen.

Eisleben

Eine interessante Stadtverordnetensitzung fand Montag hier statt. Bekanntlich sind die bürgerlichen Vertreter ausgeschieden und führt nun die Linke die Geschäfte allein weiter. Die Montag-Sitzung hat gezeigt, daß es ohne die Bürgerlichen geht. Eine zahlreiche Zuhörerschar hatte sich eingefunden, die mit Interesse den Verhandlungen folgte. Vom Vorsteher wurde die Mandatsniederlegung der Bürgerlichen zur Kenntnis gebracht, deren Begründung man als unberechtigt bezeichnete, wobei zum Ausdruck kam, daß bisher noch in keiner Weise davon gesprochen werden sei, den Oberbürgermeisterposten mit einem Sozialisten zu besetzen. Dies sei keine Parteifrage, sondern eine Frage der Tüchtigkeit. Man wählte die durch das Ausscheiden der Bürgerlichen notwendigen Bürgervorstands- und Kommissionsmitglieder. Dann wurde beschlossen, **den ausgeschiedenen drei bürgerlichen Stadträten die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher (städtischen) Ehrenämter auf die Dauer von fünf Jahren abzuerkennen.** Die siebzehn **bürgerlichen Stadtverordneten wurden auf fünf Jahre von allen Aemtern in der Verwaltung der Stadt ausgeschlossen** und der Beschluß gefaßt, einige davon mit einem Viertel der Grund- und Gebäudesteuer besonders zu belasten. Ein Antrag auf Regelung der Bezahlung amtlicher Bekanntmachungen für den „Klassenkampf" und die „Volksstimme" wurde dem Finanzausschuß überwiesen. Die reichhaltige Tagesordnung wurde glatt erledigt. Es zeigte sich schon jetzt, daß unter diesen Umständen für die Stadt Ersprießlicheres herauskommt, als wenn die bürgerlichen Querköpfe noch im Stadtparlament säßen.

Gerbstedt

Ein kommunistischer Stadtverordnetenvorsteher. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde der Kommunist Bergmann Flügner mit 12 Stimmen zum Stadtverordnetenvorsicher gewählt, auch die übrigen Aemter mit Ausnahme des Schriftführers wurden mit Kommunisten besetzt. Der sozialdemokratische Kandidat erhielt nur 10 Stimmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220201-13/fragment/page=0006

Orgesch!

Waffenlager — Panzerwagen — Militärische Organisationen — Schwarze Listen

Wir glauben, einige amtliche Meldungen von Polizeibeamten der Waffenerfassungsstelle der Reichsregierung der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten zu dürfen:

490 1207.-21. **Berlin, den 7. Mai 1921**

Meldungen.

Während meines Spätdienstes am 6. Mai 1921 erschien nachmittags gegen 5 Uhr ein Beamter der Ermittlungsabteilung Hamburg und ersuchte mich um Hilfeleistung in einer Waffenbeschlagnahme in Zehlendorf. Telephonisch verständigte ich den Beamten Schnell, um gegebenenfalls, da es sich um mehrere Stellen handelte, einen Zeugen resp. Unterstützung zur Hand zu haben.

Es handelt sich um ein Waffenlager bei dem Architekten Glüer, Zehlendorf-Mitte, Berliner Straße 14, ehem. Leiter der Einwohnerwehr. Herr Glüer war nicht anwesend, erschien aber bald in seiner Wohnung. Auf Befragen bestritt er zunächst mehrmals, Waffen oder Munition zu besitzen. Schließlich gab er dann zu, zwei Kartons mit Infanterie-Munition noch aus der Zeit, als er Führer der Einwohnerwehr war, zu besitzen. Darauf schritten wir zur Hausfuchung. Bei derselben wurden gefunden: zwei Kisten Infanterie-Munition, eine Kiste mit neuen dreiteiligen Infanterie-Patronentaschen, vier wasserdichte Decken für MG.'s, ein Reinigungslager, eine Kiste Werg als Reinigungsmittel, drei MG.-Patronengurte, eine Trommel voll Munition für MG., eine leere Kiste für Handgranaten, diverse leere Munitionskisten. Diese Sachen befanden sich auf einem großen, zur Wohnung ausgebauten Bodenraum, und befragt, erklärte Glüer, daß diese Sachen noch von der Einwohnerwehr herrühren . . . Im Fortgang der Untersuchung wurden auf einem zweiten derartigen Raum gefunden: eine große Transportkiste voll Stahlhelme, etwa 50 bis 60 Stück. Nunmehr noch einmal ernstlich ermahnt, erklärte Glüer etwa Folgendes: „Meine Herren, Sie sind doch jedenfalls auch von der Ordnungspartei, wenn Sie mir zusichern, daß wir die Waffen behalten können und ich straffrei ausgehe, dann werde ich Ihnen dieselben zeigen, dann können wir dort hingehen. An den Ihnen bekannten Stellen befinden sich keine Waffen."

Auf gutes Zureden zeigte er uns in seiner Wohnung zwei Wände, hinter denen sich entsprechende Hohlwände befinden. Darin liegen in dem ersten Raume: ein schweres MG., ein leichtes MG., drei Kisten Infanterie-Munition. In dem zweiten Raum ebenfalls: zwei MG., drei bis vier Kisten Munition, ein Dutzend Infanterie-Gewehre 98, eine Armee-Pistole. In der Wohnung wurden dann noch die beiden Kartons voll Infanterie-Munition, welche er vorher zugab, beschlagnahmt.

Damit war meine Tätigkeit zur Unterstützung der Hamburger Kollegen beendet und fuhr ich um 7 Uhr 30 Minuten im Einverständnis mit denselben nach Berlin zurück, ihnen die weitere Bearbeitung selbst überlassend, noch dazu zwei Beamte der hiesigen Dienststelle (Kälber und Schnell) mit ihm waren.

gez.: (unleserlich) **Hilfspolizeibeamter.**

* * *

Bericht.

. . . . **Bei dem Architekten Glüer wurden beschlagnahmt: Zwei leichte Maschinengewehre, elf Infanteriegewehre, zwei Trommeln für MG.'s, geladen, zwei Gurte, geladen, zwei Kühlkästen, ein MG.-Schloß, drei Handkästen mit Patronen für MG., ein Kasten mit zwei geladenen Trommeln für MG., drei Kartons Infanterie-Munition, zwei MG.-Decken, ein Posten lose Patronen. — Ferner an der zweiten Stelle: Ein schweres MG., sechs Kisten voll Infanterie-Munition, 22 Infanterie-Gewehre. — An der dritten Stelle ergab die Beamtenaufnahme: 56 Stahlhelme, drei Handgranaten, eine Kiste Werg, eine Trommel für MG., geladen, ein Reinigungslager, vier leere Gurte für MG., ein Ueberzug für MG., eine Kiste Munition für MG, eine Kiste mit 10 Stück dreiteiligen Infanterie-Patronentaschen, zwei MG.-Tragegurte, vier leere Kisten Handgranaten, vier leere Kisten Infanterie-Munition, ein Posten Platz-Patronen. — Im Laufe der Unterhaltung erklärte Glüer, daß die Waffen in 14 Tagen wieder ersetzt sein werden, da er Leiter einer militärisch gearteten Organisation sei, die 300 Mann stark ist, welche sämtlich bewaffnet sind und im Falle eines Alarms in kurzer Zeit marschbereit sind. Ferner stehe ihm auch in ganz geringer Entfernung ein Panzerwagen zur Verfügung, welchen er jedoch, sowie auch die Waffen seiner Organisation nicht angeben werde. Im Beisein des Beamten Wischermann erzählte er weiter, daß er schon zweimal mit einigen Leuten versucht habe, Severing zu beseitigen, daß ihnen Severing aber beide Male durch die Lappen gegangen sei.**

Auf die Frage, ob er die Sportvereinigung Olympia (eine Berliner Orgesch-formation, D. Red.) kenne, gab er dies zu, und erklärte, daß er diese aber nicht für so gut und straff organisiert halte, wie seine Organisation, trotzdem sie bedeutend mehr Mitglieder habe als seine Abteilung . . .

Anlage. gez.: (unleserlich), Hilfspolizeibeamter.

*

Anlage.

Anschließend an die Sache Glüer, Zehlendorf, gebe ich in folgendem einen Auszug der Unterredung:

Glüer erzählte im Laufe der Unterhaltung, daß die Organisation eine Liste von über 1000 Personen, die ihre Gegner seien, in der Hand hätte, um einer nationalen Erhebung, wenn Berlin von allen Seiten besetzt wird, als Stoßtrupp sofort diese Personen an die Laternenpfähle in Berlin als abschreckendes Beispiel aufzuhängen. Bei dem Kapp-Putsch seien sie ebensfalls alarmbereit gewesen, doch sei die Erhebung durch die Verhandlungen Kapp-Lüttwitz geschieitert. Er zeigte mir dann einige **Briefe von Ludendorff, mit dem er korrespondiert, welche dem Inhalt nach anscheinend nur für den Eingeweihten verständlich sind. Er erklärte auch, daß absichtlich keine verständlichen Sachen geschrieben würden; in einem Brief jedoch hätte Ludendorff ihm verschiedenes geschrieben, was für dritte Personen nicht bestimmt war, derartige Briefe werden sofort vernichtet. Papiere und Listen der Organisation würden an einem anderen Orte aufbewahrt, auch seien Waffen und Munition in reichem Massen vorhanden, ebenfalls ein Panzerauto und vier Geschütze.** Es würde jedoch keinen Zweck haben, ihn nach dem Ort der Aufbewahrung zu fragen, da er auf keinen Fall Verrat üben würde. **So wie seine Organisation, seien die anderen ebenfalls aufgezogen,** nur mit dem Unterschied, daß in anderen Organisationen die Zuverlässigkeit zu wünschen übrig lasse. Als derartige Organisationen kommen in Frage: Orgesch Ehrhardt, Sportvereinigung Olympia. Er behauptet, daß die **Orgesch die Absicht habe, als deutschen Kaiser Prinz Rupprecht von Bayern auf den Thron zu setzen,** damit seien jedoch die hiesigen Organisationen nicht einverstanden. Aber sie wollen auch keinen Wilhelm II., sondern einen jüngeren Hohenzollernsproß, der dann vorläufig von der einzusehenden Regierung bevormundet würde. Sie **rechnen mit einer deutschnationalen Erhebung, um dann in einen Befreiungskrieg, ähnlich 1813, einzutreten.** Vorher jedoch bestände die feste Absicht, im Inlande alle diejenigen Personen, welche sie als ihre Gegner kennen, an den Laternenpfählen Groß-Berlins aufzuhängen.

*

Diese Meldungen stammen zwar schon aus dem Mai, aber wir haben keinerlei Grund, anzunehmen, daß die Zustände bei der Orgesch nicht heute noch genau die gleichen sind. Im Gegenteil, denn als vor ganz kurzer Zeit eine Reihe Beamten der Waffenerfassungsstelle entlassen werden sollten, konnten ihre Vertrauensleute in einer internen Besprechung **unter Vorlage von zahlreichem Material nachweisen, daß noch immer, und zwar gerade in der letzten Zeit, zahlreiche Waffen gefunden wurden.**

Daß es sich bei diesen Waffenfunden nicht um Waffen von Arbeitern handelt, dürfte jedem klar sein, denn dann würde dieses zahlreiche Material, das die Beamten als Beweis dem Herrn Minister vorlegen konnten, längst seinen Weg in die Oeffentlichkeit gefunden haben, und der Herr Minister dürfte auch kaum auf der Entlassung der Beamten bestanden haben, nachdem er den Arbeitern die wenigen Waffen, die sie noch besaßen, genommen hat, will er von einer Entwaffnung der Konterrevolution nichts mehr wissen. Die Konterrevolution besteht ja aus ruhigen, zuverlässigen Elementen, die kann ihre Waffen und militärischen Organisationen ruhig behalten.

Herr Glüer aber, der selber vor Polizeibeamten zugibt, er habe „schon zweimal mit einigen Leuten versucht, Severing zu beseitigen", die Orgeschbrüder vom Stein in Sachsen und im Reich bereiten ungestört und ungestraft den Sturz der Republik und der Verfassung und die Wiedererrichtung der Monarchie vor. Die Märzkämpfer, Proletarier, schmachten in den Zuchthäusern und Gefängnissen. Die Funktionäre der Kommunistischen Partei werden von Ort zu Ort gehetzt, verhaftet und verurteilt.

Und ein Sozialdemokrat ist Justizminister!

Sollen Teilkämpfe geführt werden?

Wir bestehen auf die Notwendigkeit dieser Kämpfe der Arbeiterklasse um ihre täglichen Bedürfnisse, um wirtschaftliche und politische Teilforderungen; wir rufen die Arbeiter zum Widerstand, zum Abwehrkampf gegen die Offensive der Unternehmer auf, die nicht nur in Italien, sondern in der ganzen Welt bestreht sind, dem Proletariat die unentbehrlichsten Existenzmittel zu entreißen; wenn das Proletariat einer bestimmten Kategorie oder an einem bestimmten Ort einen Kampf gegen das Unternehmertum aufnimmt, so wollen wir, daß es aktiv unterstützt werde vom gesamten Proletariat, das eine einheitliche Front bilden muß — ebenso wie die Bourgeoisie alle ihre Kräfte und alle Macht des kapitalistischn Staates in den Dienst jeder gegen die Arbeiter ankämpfenden Kapitalistengruppe stellt.

Wir verlangen, daß die Arbeiterklasse, indem sie ihre Forderungen aufstellt, sich nur von ihren eigenen vitalen Interessen leiten läßt, ohne sich darum zu kümmern, ob die Befriedigung ihrer Forderungen im gegebenen Augenblicke mit dem kapitalistischen Profit vereinbar ist.

Die Arbeiterklasse will leben — und wenn der Kapitalismus erklärt, daß, um sie leben zu lassen, sie zu ernähren und zu bekleiden, er selbst sterben müßte, daß die elementarsten Forderungen der Arbeiter mit den Gesetzen seiner Wirtschaft unvereinbar seien — nun wohl, so mag er sterben! So kann jeder Teilkampf, indem er sich verallgemeinert, unter den Bedingungen der gegenwärtigen Krise einen revolutionären Charakter annehmen, er kann sich zu einer großen entscheidenden Schlacht erweitern.

Wir sind für den Kampf, auch wenn wir wissen, daß wir dadurch die Krankheit des Kapitalismus noch verschlimmern und die Möglichkeit seiner Heilung und Erholung erschweren. Wir sind für den Kampf, denn nur durch den Kampf kann das Proletariat den wahnwitzigen Angriffen der kapitalistischen Offensive Widerstand leisten. Wir sind für die Teilkämpfe, denn sie mobilisieren, organisieren, konsolidieren die Armee der Proletarier, denn nur sie führen zum Endkampf.

Unsere Gegner, die Reformisten, die Kollaborationisten, befassen sich vor allem mit der Frage, ob die Kapitalistenklasse in ihrer gegenwärtigen schwierigen Lage die Möglichkeit hat, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen: sie stellen sich dabei auf einen Standpunkt, den sie selbst als den Standpunkt der „objektiven Möglichkeiten" bezeichnen, der aber in Wirklichkeit der Standpunkt der Interessen des Kapitals und des Kapitalismus ist. Sie bemühen sich, die Arbeiter vom Kampf abzuhalten, sie vor den Schwierigkeiten zurückweichen zu lassen; anstatt dem Feind durch den Kampf Bedingungen aufzuerlegen, suchen sie sich mit dem Feinde zu verständigen.

Sie versprechen parlamentarische oder irgendwelche andere Interventionen, um die aktive Entfaltung der Kräfte der Massen zu vermeiden; und wenn trotz allem der Kampf beginnt, so suchen sie ihn einzuschränken, den Mut der Arbeiter zu demoralisiren, mit dem Feind zu paktieren, mit ihm zusammenzuarbeiten, zu seinen Gunsten die Interessen des Proletariats zu verraten.

Das sind die zwei Taktiken. Das ist der unversöhnliche Gegensatz zwischen den zwei Methoden: zwischen Moskau und Amsterdam.

*

Wir entnehmen diese Ausführungen einer Rede von Henri Walecki aus: Klara Zetkin und Henri Walecki, „Dem Reformismus entgegen", Reden auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Italiens in Mailand mit einer Einleitung über die Ergebnisse des Parteitages. Soeber erschienen im Verlag Kommunistische Internationale, Karl Hoym, Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg. Preis 3,50 Mk.

Aus der Partei

Die Kommunistische Jugend Deutschlands steht fest zur Partei

Am 28. und 29. Januar tagte in Berlin unter starker Beteiligung aus dem Reiche und in Anwesenheit zahlreicher Gäste der Bruderorganisationen der Tschechoslowakei, Schweiz, Bulgariens, Rußlands und fünf Mitgliedern des Exekutivkomitees der KJI. der Reichsausschuß der KJD. Im Anschluß an ein Referat des Genossen Edwin Hoernle über „Die politische Lage und die Beschlüsse des Zentralausschusses der KPD." wurde nach eintägiger Debatte folgende Resolution mit 33 gegen 5 Stimmen (darunter nur 2 Bezirksvertreter) angenommen:

„Der Reichsausschuß der Kommunistischen Jugend Deutschlands macht sich die Stellungnahme des Zentralausschusses zur allgemeinen Situation zu eigen. Er unterstützt rückhaltlos die von der KPD. in den vergangenen Monaten eingeschlagene Taktik. Des weiteren begrüßt er die Entscheidungen des Zentralausschusses der Partei und stellt sich vollkommen auf den Boden seiner Beschlüsse.

Diese bedeuten die Fortführung jener Linie, die der einheitlich und innerlich geschlossenen, festdisziplinierten Partei die Eroberung der proletarischen Massen ohne Aufgabe ihres grundsätzlichen Charakters zum Ziel setzt.

Die Kommunistische Jugend nimmt die in den Beschlüssen der Partei zum Ausdruck kommende Taktik zur Richtschnur bei ihrem Wirken unter den jungen Altersklassen des Proletariats, um rasch und erfolgreich breite Massen Jugendlicher in ihre Reihen aufzunehmen, um sie dem Heer der kämpfenden kommunistischen Arbeiter zuzuführen.

Der Reichsausschuß verurteilt das Verhalten der 4 Genossen der Reichszentrale, deren Unterschrift unter die Friesland-Erklärung verwirrend und schädigend auf die Organisation wirkte und fordert von den Unterzeichnern der Aufrufe, daß sie sich verpflichten, sich auf den Boden der Partei zu stellen und im Sinne der Beschlüsse zu wirken. Die Genossen verpflichten sich ferner, alle Verbindungen mit den Ausgeschlossenen aufzugeben."

Die Gegner der Resolution gaben die Erklärung ab, daß sie nach gefallener Entscheidung im Rahmen der von der Partei und Jugendorganisation gefaßten Beschlüsse arbeiten werden. Diese Entscheidung ist im Gesamtinteresse des Proletariats und der Kommunistischen Partei aufrichtig zu begrüßen.

Vom Tage

Die Aislochgucker „erregen" sich

Berlin, 1. Februar. Wegen Erregung öffentliches Aergernisses wurde die Schönheitstänzerin Lola Bach zu einem Monat Gefängnis, der Regisseur Dr. Völker zu drei Monaten Gefängnis, die Tänzerin Liselotte Lambert zu tausend Mark Geldstrafe, der Schauspieler Ernst und die Tänzerin Schmieter zu je 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Für die Gefängnisstrafen wurde eine Bewährungsfrist bewilligt. — Die „Aergernis"-Prozesse scheinen sich neuerdings zu einer ständigen Einrichtung der deutschen Schieberrepublik auszuwachsen. Dabei kennzeichnen sie die Heuchelei der bürgerlichen Gesellschaft wie nichts anderes. Diese Moral, die sich hinter verschlossenen Türen nicht genug an Unsittlichkeiten tun kann, erfordert, daß öffentlich ab und zu der rasende See sein Opfer bekommt. Der Moral ist Genüge getan, wenn irgend eine Tänzerin verurteilt ist. Der Bürger ist beruhigt. Es kann weiter geschoben werden.

Einbruch im Augsburger Museum. T. H. Augsburg, 31. Jan. Im Augsburger Maximilian-Museum wurde ein sehr schwerer Einbruch verübt, wobei zahlreiche alte Augsburger Goldmünzen, namentlich Dukaten und goldene Ringe, im Gesamtwert von über 1½ Millionen Mark gestohlen worden sind.

Der Brand des Knickerbockertheaters. Washington, 31. Jan. Gestern um Mitternacht hatten die freiwilligen Retter im wesentlichen die Räumungsarbeiten am Brandherd des Lichtspieltheaters Knickerbocker beendet. Die Zahl der Verletzten erhöht sich auf 134, darunter 14 Schwerverletzte. Die meisten Toten sind identifiziert worden.

Gerichtssaal

Reichsgericht

„Beleidigte" Baltikumer

Vom Landgericht Halle ist am 20. November 1920 Genosse Scholem wegen Beleidigung zu eintausend Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte im „Volksblatt" in fünf verschiedenen Artikeln die Angehörigen des Landesjägerkorps dadurch beleidigt, daß er sie Mörder, Mordgesellen, Noskeliere, Noskeföldlinge usw. nannte. Darauf hatte das Garnisonkommando Strafantrag gestellt. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt, in welcher er die Berechtigung des Garnisonkommandos zur Stellung von Strafanträgen bestritt, da eine Personeneinheit kollektiv nicht beleidigt werden könne. Das Reichsgericht hob daraufhin das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Sport

T.-V. „Die Naturfreunde". Mittwoch, abends ½7 Uhr, Volkstanzabend in der Turnhalle der Klosterschule. Im Zeichensaal der Klosterschule, abends 8 Uhr, Lichtbilder-Vortrag (Saale-Wanderung). Donnerstag, abends 7 Uhr, Allgemeine Zusammenkunft im Stadtheim (Instrumente mitbringen). Jugendgruppe Zusammenkunft abends 7 Uhr im Zeichensaal der Klosterschule. Bezirksgruppe Wörmitz, abends 7 Uhr, Zusammenkunft bei Rauschenbach, Boelsner Straße. Sonnabend zur Jahresfeier der Ortsgruppe Ammendorf. Am Sonnabend, den 5. Februar beginnt die Arbeitsgemeinschaft wieder.

Arbeiter-Schwimm-Verein. Resultate von Magdeburg: Männerbruststaffette (obermal 50 Meter) 1. Halle 2.55, 2. Neustadt-Magdeburg 2.54. Jugendbruststaffette (obermal 50 Meter) 1. Halle 3.12, 2. Buckau-Magdeburg 3.20. Jugendlagenstaffette (obermal 50 Meter) 1. Halle 3, 2. Magdeburg 3.3. Männerlagenstaffette (obermal 50 Meter) 1. Magdeburg 2.40, 2. Burg 2.44, 3. Halle 2.48. Wasserballspiele Halle Jugend—Magdeburg Jugend 2 : 1 für Magdeburg. Halle II—Heimstedt 1 : 0 für Halle. Halle I—Elsenstedt 1 : 2 für Halle.

Sportsfreunde Beim nächsten Bedarf von Drucksachen denkt an die „Klassenkampf"-Druckerei, Halle a.d.S., Lerchenfeldstr. 14; sie liefert Statuten, Programme, Mitteilungsblätter, Karten usw. schnell, gut und preiswert. Fernruf Nr. 2251

Kukirol beseitigt schnell, sicher und schmerzlos Hühneraugen. Hornhaut, Schwielen, Warzen. Ärztlich empfohlen, millionenfach bewährt. In Apotheken u. Drogerien erhältlich. *79

Wichtige Mitteilung für alle Leser des „Klassenkampf"

Das weltberühmte Werk Professor Dr. Bocks Buch vom gesunden und kranken Menschen, das bereits Millionen unserer Mitmenschen treu beraten hat und die ganze Gesundheitspflege und Heilkunde in gemeinverständlicher Weise bringt, ist in neuer Bearbeitung von 18 unserer allerersten Universitätsprofessoren, Aerzten und Aerztinnen in zwei großen Bänden (Lexikonformat) herausgegeben worden. Das Werk ist reich illustriert mit vielen bunten Tafeln und Modell versehen.

Das Sachregister enthält etwa 3000 Namen, die in dem Werke behandelt werden. Wegen Raummangels haben wir hier nur 40 Namen herausgezogen.

Arterienverkalkung — Asthma — Bandwurm — Beschneidung — Blasenkatarrh — Blutschlacht — Blutarmut — Darmentzündung — Epileptiker — Fortpflanzung — Frauenkrankheiten — Geschlechtsleben — Schönheitspflege — Menstruationsbeschwerden — Gebärmutterblutungen und zu starke oder zu schwache Regeln oder Ausbleiben derselben — Unfruchtbarkeit — Ratschläge zur Verhütung des Empfängnis — Schwangerschaft — Kreis — Gallenstein — Gebärmutterkrebs — Gicht — Hauptkrankheiten — [illegible] — Kinderkrankheiten — Leberkrankheiten — Lungenkrankheiten — Magenerkrankungen — Nervenleiden — Nierenkrankheiten — Scheidenerkrankungen — Schwindsucht — Sexuelle Ausbildung — Syphilis — Tripper — Tuberkulose — Urinuntersuchung — Weißer Fluß — Wassersucht — Zuckerkrankheit.

Damit jeder Leser dieses einzig dastehende Werk anschaffen kann, wird das Werk gegen monatliche Raten von mindestens 30 Mark abgegeben und bitten wir, den Bestellschein auszufüllen und einzusenden.

Bestellschein für die Leser des „Klassenkampf"

An den Verlag **Peter J. Oestergaard, Berlin-Schöneberg, Am Park 11.**

Ich bestelle hiermit: **Prof. Dr. Bocks Buch vom gesunden und kranken Menschen in 2 Bänden zum Preise** von je 105,— zusammen 210,— Mark. Ich zahle monatlich ..... Mark. Die erste Rate ist nachgenommen.

Erfüllungsort Berlin-Schöneberg.

Name u. Stand: .....

Ort, Straße u. Nr. .....

*115

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220201-13/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Jack

43] Pariser Sittenbild von Alphonse Daudet.

Er hielt auf ein flehendes Zeichen Charlottens inne, welche um die schwarzen, wißbegierigen Horcheraugen Mutter Archambaulds zeigte, welche aufsah. Im Dorfe hielt man sie für verheiratet und Jack wurde für Frau d'Argentons Kind aus erster Ehe ausgegeben. d'Argenton, der nun innehalten und eine erstickende Flut von Beleidigungen hinunterschlucken mußte, stieg erschöpft, naß und dampfend wie ein Omnibuspferd in sein Zimmer hinauf, dessen Tür er zuwarf. Jack stand ganz bestürzt angesichts der Verzweiflung seiner Mutter, welche ihre schönen Arme erhob und Gott immer wieder frug, was sie denn verbrochen habe, um ein solches Leben zu verdienen. Das war ihr einziges Hilfsmittel in allen schwierigen Fällen. Wie immer blieb die Frage ohne Antwort, aber man mußt beinahe annehmen, daß sie sehr schwere Sünden begangen hatte, da Gott sie verdammt hatte, die blinde, unsinnig verliebte Gefährtin eines solchen Wesens zu sein und zu bleiben.

Um die an sich schon düstere Laune des Dichters zu verbittern, kam nunmehr zu der Langeweile die Krankheit.

Wie alle diejenigen, die lange Zeit kümmerlich gelebt haben, besaß d'Argenton einen schwachen Magen, und da er außerdem sehr zimperlich und ängstlich war, so verhätschelte er sich, wie man zu sagen pflegt, und in dem ruhigen Erlenhäuschen war auch nichts leichter als das. Welch' ein guter Vorwand, die Leere seines Hirns, die langen Schläfchen auf dem Divan, die Schlafbreit, die ihn überwältigte, zu erklären. Von jetzt ab wurde das famose „Der Herr arbeitet," durch ein „Der Herr hat einen Anfall" ersetzt. Mit diesem unbestimmten Wort taufte er eine zeitweilige Krankheit, welche ihn aber nicht hinderte, einige Male täglich in die Vorratskammer zu gehen und sich große, lockere Brotscheiben zu schneiden, welche er dick mit Sahnenkäse belegte und mit vollen Backen kaute. Sonst hatte er das Aussehen eines Kranken! schlaffe Haltung, schlechte Laune und hundert Wünsche.

Die gute Charlotte beklagte, versorgte, verhätschelte ihn. Die barmherzige Schwester, welche in jeder Frau schlummert, vereinigte sich bei ihr mit einer albernen Gefühlsseligkeit, welche ihr den Dichter noch teurer werden ließ, seitdem sie ihn für schwerkrank hielt. Und diese Erfindungen, um ihn zu zerstreuen, aufzuheitern! Da legte sie eine wollene Decke unter das Tischtuch, um das Klirren der Teller und des Silbers zu mindern, der gerade Stuhl Heinrichs II. wurde mit Kissen ausgestopft und alle die Kleinigkeiten, der Flanell, die Aufgüsse!

Es ist wahr, daß die arme Frau mit ihrer ungestümen Heiterkeit, welche sie manchmal überkam, mit einem Schlage ihre Tugenden als Krankenpflegerin verrichtete, ihren Wortschwall und ihre Lebhaftigkeit wiederfand und erst verwirrt innehielt, wenn ihr der Dichter in leidendem Tone sagte:

„Sei still, du belästigst mich."

Die Krankheit d'Argentons führte einen regelmäßigen Besuch ins Haus, Doktor Rivals, dem man an allen Straßen auflauerte, da sich seine Praxis mehr als zehn Meilen weit erstreckte und ihn beständig in Anspruch nahm. Er kam mit seinem guten, kupferroten, fröhlichen Gesicht, der weißen, seidenen Haarmähne, die Taschen seines langen Ueberziehers voller alter Scharteken, welche er stets unterwegs, zu Wagen oder zu Fuß las. Charlotte ging ihm mit wehleidiger Miene bis auf den Flur entgegen:

„Ach, Doktor, kommen Sie schnell. Wenn Sie wüßten, in welchem Zustand sich unser armer Dichter befindet!"

„Bah, lassen Sie doch, er braucht weiter nichts als Zerstreuung."

Wirklich war d'Argenton, welcher den Arzt mit schwacher, weinerlicher Stimme empfing, so erfreut, ein neues Gesicht, ein fremdes Element auftauchen zu sehen, daß er sein Leiden vergaß, von Politik und Literatur plauderte und den guten Doktor mit Schilderungen des Pariser Lebens blendete, von hervorragenden Personen erzählte, die er kennen wollte, und denen er irgendein grausames Wort gesagt hatte. Der naive, freimütige Doktor hatte keine Veranlassung, an diesen kühlen Worten zu zweifeln, welche selbst bei eitlen Uebertreibungen gemessen klangen und dann war der alte Rivals kein guter Beobachter.

Er gefiel sich in dem Hause, fand den Dichter geistreich originell, die Frau hübsch, das Kind reizend und fühlte nicht, wie es ein feinerer Verstand wohl getan hätte, welche Bande des Zufalls sie zusammenhielten, und daß es ihnen nur mit Hilfe spitzer Stecknadeln gelang, eine Familie zu bilden.

Wie oft verspätete sich der würdige Mann bei den Parisern, schlürfte den Grog, welchen Charlotte ihm selbst zurecht machte, und erzählte von seinen Reisen nach Indien und China an Bord der „Bayonnaise", während sein Pferd draußen am Zaun angebunden stand. Jack saß still und aufmerksam in einer Ecke von jener kindlichen Lust nach Abenteuern ergriffen, welche das Leben bald bemüttigt und beschränkt.

„Jack," sagte d'Argenton rauh, nach der Tür weisend.

Aber der Doktor erhob Einsprache:

„Lassen Sie ihn doch. Ich habe gern Kinder um mich, sie haben eine erfrischende Frische. Ich bin sicher, daß Ihr Kleiner es mir schon angetan hat, daß ich Kinder närrisch gern habe und Großpapa bin."

Dann sprach er von seiner Enkelin Cäcilie, welche zwei Jahre jünger war als Jack, und wenn er dies Kapitel anfing, wurde er noch weitschweifiger als bei seinen Reisen.

„Warum bringen Sie sie nicht mit, Doktor?" sagte Charlotte, „sie könnten zusammen spielen."

„O nein, gnädige Frau, die Großmutter würde es nicht zugeben. Sie vertraut das Kind niemand an, und sie selbst geht seit unserem Unglück nicht mehr aus."

Dieses Unglück, welches Doktor Rivals oft erwähnte, war der Verlust seiner Tochter und seines Schwiegersohnes, welche beide im ersten Jahre ihrer Ehe kurz nach Cäciliens Geburt gestorben waren. Ein Geheimnis umgab diesen Unglücksfall.

Den Argentons gegenüber beschränkte sich das Vertrauen des Doktors stets auf die Worte: „seit unserem Unglück" und Mutter Archambaulds, welche von der Geschichte wußte, drückte sich in den unbestimmten Worten aus:

„Ja, ja, die Leute haben viel durchgemacht."

Man merkte nichts davon, wenn man die Lebhaftigkeit und Heiterkeit des Doktors sah, wenn er ins Erlenhäuschen kam. Vielleicht war Charlottens Grog schuld daran, ein dunkler, steifer Grog, welchen Frau Rivals, wenn sie ihn gesehen, mit sehr viel Wasser entfärbt hätte. Jedenfalls langweilte sich der brave Mann bei den Parisern nicht, erhob sich sehr oft mit den Worten:

„Ich muß nach Kis, Tigers, Morsang, und setzte die begonnene Unterhaltung so lange fort, bis das angebuldige Stampfen seines Pferdes ihn aufsprengen, dem Dichter ein „Guten Abend" und der mit ihrem Kranken beschäftigten Charlotte die sich stets gleichbleibende Verordnung: „Verschaffen sie ihm Zerstreuung," zurufen ließ.

Zerstreuung!

Sie wußte nicht mehr, wie sie es anfangen sollte, ihm welche zu verschaffen. Sie beschäftigten sich stundenlang damit, Malzeiten zusammenzustellen, oder sie fuhren in den Wald, nahmen ihr Frühstück, ein Schmetterlingsnetz und Stöße von Büchern und Zeitungen mit. Er langweilte sich.

Er kaufte einen Kahn, aber das war noch schlimmer. Dieses gezwungene Zusammensein mitten auf der Seine war unerträglich für die beiden Menschen, welche kein Wort sprachen und ihre Leine auswarfen, um sich zu beschäftigten und im Angeln einen Vorwand zu besitzen, der ihr Stillschweigen entschuldigte. Bald lag die Barke zwischen den Binsen angebunden und füllte sich mit Wasser und welken Blättern.

Dann kamen andere Beschäftigungen einfacherer Art; Ausbesserungen der Mauer des Turmes, der Bau einer Außentreppe und einer italienischen Terrasse, von der der Dichter seit langem träumte. Aber er langweilte sich genau so, wie früher, trotz der Terrasse.

Als er eines Tages den Klavierstimmer hatte kommen lassen, um das Instrument, auf welchem er einige Pollas spielte, nachzusehen, schlug ihm dieser, ein verschrobener Erfinder, vor, eine Aeolsharfe auf dem Dache aufzustellen; eine fünf Fuß hohe Schachtel ohne Deckel mit darin ausgespannten Saiten von verschiedener Länge, welchen der Wind harmonische, klagende Akkorde entlocken sollte. d'Argenton ging voll Entzücken darauf ein. Doch kaum war der Apparat aufgestellt, so begann das Verhängnis. Beim geringsten Windhauch hörte man Stöhnen, schrille Mißtöne, Jammerlaute:

„Huuuh!"

Jack fürchtete sich in seinem Bett entsetzlich und kroch unter die Decke, um nichts zu hören.

„Sie quält mich, . . . diese entsetzliche Harfe, genug . . . genug!"

Man mußte den ganzen Apparat herabnehmen, die Harfe hinten in den Garten bringen und sie eingraben, um sie zum Schweigen zu veranlassen. Aber selbst unter der Erde tönte sie noch fort; bis man endlich die Saiten zerbrach und sie mit Fußtritten tötete wie ein tolles Tier, welches nicht sterben will.

(Fortsetzung folgt.)

Der Schrei

Eine Peitsche her,
mit Narrenschellen und bunten Lappen,
zu schwingen über das Antlitz der Städte!

Ihr tanzt Eure Leiber nächtens zusammen,
es blüh'n die Musiken im Saal,
doch o, die Geigen töten den heiligen Geist . . .

Wir,
aber wir,
o Brüder, wir,
wir tanzen den Tanz der Liebe auf dem Blutstrom des Weltalls,
unsere Hände beben zum Licht empor,
es zu tragen in die blinden Herzen der Erde . . .
aus der Einsamkeit unserer Gedanken
zu euch. —

Manchmal, Menschen,
weint unsere Seele,
weil ihr ferne seid . . .

Kurt Heynicke.

Der Jude

Von Maxim Gorki

Hinter der Kirchenmauer spielen auf dem zarten jungen Rasen unter dem rötlichen Frühlingslaub laut und lustig einige Kinder. Vor dem Tore des großen Hauses, gegenüber der Kirche, steht ein alter Jude. Er blickt auf die Kinder und lächelt schwach in seinen silbernen Bart.

Es ist ein ganz besonderer Jude, offenbar ein zugereister. Er trägt einen langen, bis an die Fersen reichenden Rock und eine Samtmütze mit hohem Rand. An seinen gelblichen Wangen baumeln von silbernen Haaren durchzogen schwarze Schläfenlocken. Seine Brauen sind aber ganz schwarz wie bei einem jungen Mann. Sein mageres Gesicht ist sehr schön. Die dunklen traurigen Augen fallen besonders auf. Ihre Trauer wird von dem milden, halb verborgenen Lächeln noch unterstrichen. Groß und schlank erinnert er an eine Zeichnung Liliens.

Man denkt sich unwillkürlich, wie furchtbar einsam er wohl in dieser großen Stadt ist und daß er irgendwo in der Ferne Enkelkinder zurückgelassen hat, die ebenso lustig und ausgelassen sind wie die Kinder hinter der Kirchenmauer.

Der alte Jude steckt eine Hand in die Rocktasche und holt eine Handvoll Bonbons in bunten Papierhüllen hervor; mit der anderen Hand streicht er sich den Bart. Er zieht die Brauen zusammen, auf sein Gesicht fällt ein dunkler Schatten. Es ist ja klar, daß er den Kindern die Bonbons geben möchte, aber Angst hat. Auf den Bänken vor der Kirche sitzen Frauen, — wer weiß, wie sie diese Freundlichkeit eines jener Menschen, von denen so viel Albernes und Böses erzählt wird, aufnehmen werden. Vielleicht sind auch die Kinder selbst schon vom Gifte durchseucht, das im kranken Blut der Erwachsenen entstanden ist.

Ohne das Lächeln der schönen Augen zu löschen, legt der wohlgestaltete Greis die Bonbons wieder in die Tasche.

Die Sonne blickt vom Himmel etwas verlegen auf die Kirche, die Kinder und den Juden herab.

Dieser Jude brachte mir einen anderen Juden und den Freund meiner Kindheit, Sergejka Sisjemaschka, in Erinnerung.

Ich war an die neun Jahre alt, Sergejka um ein Jahr jünger, aber viel aufgeweckter als ich. Es war ein magerer, immer zerzauster, wie ein Kaulbarsch stachlicher Junge mit schnellen Bewegungen, ein unruhiger Geist. Seine schnellen Augen hatten die wunderbare Fähigkeit, in der Welt allerlei seltsame und interessante „Witze" zu entdecken: merkwürdig verkrüppelte oder komische Menschen, drollige Fliegen und Käfer, Vogelnester, junge und alte Katzen, seltsam schöne Gräser und Blüten. Er hatte den Instinkt eines begabten Erforschers von Lebenserscheinungen, und das Leben, das denen, die es lieben, immer gewogen ist, eröffnete vor ihm gnädig und freigebig die kleinen Geheimnisse, die dem Herzen und dem Verstand eines Kindes zugängig sind.

Einmal sagte er mit mir großer Wichtigkeit:

„Was ich heute für einen Witz gesehen habe!"

Ich begann ihn auszufragen, im Voraus überzeugt, daß Sergejka etwas Ungewöhnliches gesehen hatte. Er kokettierte eine Weile mit seinem Geheimnis und quälte mich solange, so viel es bedurfte, um meine Neugier aufzupeitschen. Dann fragte er mich mit großer Wichtigkeit:

„Hast du schon einmal gesehen, wie ein Jude betet?"

Nein, das hatte ich noch nie gesehen.

„Komm mit, ich will es dir zeigen. Wir müssen aber zuerst in den Garten des Popen steigen, dann auf den Schuppen klettern; vom Dache des Schuppens kann man in ein Fenster schauen — sein betet er!"

Wir begaben uns sofort in den Graben, an den der Zaun des Popengartens grenzte, schlichen durch den Garten und kletterten unter Beobachtung aller Vorsichtsmaßregeln, die das Heil unserer Ohren erheischte, auf das Dach. Wir wußten schon, daß der Hausknecht des Popen die Ohren der Erforscher fremder Gärten mit großem Geschick und äußerst schmerzhaft zu behandeln verstand.

Vom Dache aus konnten wir das Fenster eines alten hölzernen Hauses, das einer Badestube glich, sehen. Hinter dem Fenster stand in einem halbdunklen Zimmerchen ein kleiner zudeckiger Jude. Er war in einen weiten gestreiften Mantel gehüllt, an seiner Stirne war ein kleines schwarzes Kästchen befestigt, und sein Arm mit einem Riemen umwickelt. Er schwankte wie ein Halm im Winde hin und her und murmelte und sang etwas unsagbar Trauriges.

Nachdem ich ihm eine Weile zugehört hatte, fühlte ich mich etwas angeödet und fragte Sergejka:

„Warum ist er so?"

„Weil er ein Sünder ist!" antwortete Sergejka überzeugt.

„Sie sind alle Sünder, wir aber sind Gerechte."

Der von Sergejka entdeckte „Witz" gefiel mir ganz und gar nicht. Die traurigen Aufschreie des Sünders machten mich trübsinnig. Ich wollte meinen Freund hereinlegen und richtete an ihn die tückische Frage:

„Bist du auch ein Gerechter?"

Er entgegnete ruhig:

„Gewiß."

„Warum stehlst du dann beim Popen Aepfel?" fragte ich noch tückischer. Sergejka blickte mich aber erstaunt an und sagte:

„Du stiehlst ja auch!"

Tröstend fügte er hinzu:

„Aepfel machen nicht viel aus! In den Gärten darf man stehlen, denn ein Garten ist kein Haus. Nur in den Häusern darf man nicht stehlen."

„Warum?" fragte ich, als ich sah, daß ich den Freund weder widerlegen, noch stutzig machen konnte.

„Was heißt, warum? Weil das Haus von einem Dache bedeckt ist, der Garten ist aber nicht bedeckt. An den Häusern sind auch Türen . . . Was von einem Dache bedeckt ist, das darf man nicht anrühren . . . Schweig lieber!"

Der Jude begann schneller hin und her zu schaukeln und lauter und jammervoller zu singen. Er erinnerte an einen Vogel, der in einem finsteren Bauer hin- und herflattert.

Sergejka zog die Stirne kraus und flüsterte:

„Wie der sich quält!"

Ich wollte nicht schweigen und fragte, mit meinem Freund und seinem „Witz" unzufrieden:

„Warum hast du mich durch den Popengarten geführt? Wir konnten ja auch durch den leeren Bauplatz herkommen . . ."

Er antwortete:

„So ist es schrecklicher! Wenn der Hausknecht uns gesehen hätte, so wäre er uns nachgelaufen . . ."

Er stieß mich in die Seite und flüsterte hastig:

„Weißt du was? Ich gehe hin, pflücke beim Popen Aepfel und lege sie ihm aufs Fensterbrett. Soll er nur essen."

Ich entgegnete:

„Er hat doch sicher keine Zähne."

„Das macht nichts: Er kann sie backen und essen . . . Er ist so arm."

Klein und flink, wie ein Mäuschen, purzelte er vom Dach in den Popengarten und im nächsten Augenblick schon hörte ich die Aeste der Apfelbäume rauschen und die von Würmern angenagten Aepfel auf die trockene Erde fallen.

Nun ist Sergejka schon wieder auf dem Dach, seine Jacke ist vorne vollgestopft, er holt mit beiden Händen die Aepfel aus dem Busen und sagt:

„Es sind an die zwanzig, die Hälfte kriegt er. Klettern wir jetzt hinüber."

Wir stiegen in den schmalen, mit Unkraut bewachsenen Durchgang zwischen dem Schuppen und der gekrümmten Wand des Häuschens. Sergejka schlich leise vor das Fenster und begann die Apfel schnell auf das Fensterbrett zu legen. Plötzlich sprang er wie verbrüht zur Seite und flüsterte mir zu:

„Laß uns laufen, er hat's gesehen!"

Hinter der Hausecke blieben wir stehen. Sergejka lauschte und sagte:

„Es ist nichts, er läuft uns nicht nach. Er hat vor mir Angst bekommen."

„Warum bist du dann weggelaufen?"

„Auch ich war erschrocken. Wie er mich ansah . . . Ich habe solche Angst vor Buckligen!"

Ich kam aus unserem Versteck hervor. Im Fenster stand ein kleiner grauhaariger Jude mit kleinem Kindergesicht und schwarzen Augen. Er hatte auf seiner dunklen kindlichen Hand einen hellgrünen Apfel liegen und blickte ihn mit seltsam heiterem Lächeln an, vor dem alle Runzeln seines Gesichts zitterten und in der heißen Julisonne glänzten.

Käthe Kollwitz

Der Verlag „Neue Kunsthandlung" Berlin W 50 gibt eine Sammlung „Graphiker der Gegenwart" heraus, deren 6. Band sich mit Käthe Kollwitz beschäftigt (Preis 12 Mk.). Außer 32 Bildreproduktionen bietet er eine in Leben und Werke der im besten Sinne revolutionären Künstlerin einführende Vorbesprechung von Alfred Kuhn, die wir allerdings nicht restlos akzeptieren können.

Alfred Kuhn ist ungerecht gegen die neue Zeit — vielleicht durch persönliche Verbitterung entschuldigt! — wenn er behauptet, nicht ganz mit diesen Worten, aber in diesem Zusammenhang: die Kunst der Käthe Kollwitz sei veraltet, gehöre der verflossenen Generation an, und zwar deshalb, weil sie ohne falsches Pathos und ohne Schlager ist. Die neue Zeit ist nicht ganz so schlimm, wie Alfred Kuhn sie macht. Die neue Zeit ist nicht ganz so voll genug, den „veralteten Naturalismus" einer Käthe Kollwitz den Verstiegenheiten des „allermodernsten Expressionismus" trotz des stärkeren Pathos und der schlagenderen Wirkung dieser bürgerlichen Kunstverfallsprodukte vorzuziehen. Beweis: Die innere Verbundenheit des aufsteigenden modernen Proletariats mit der echten Kunst der Käthe Kollwitz und seine Ablehnung alles Unechten und nicht Wesenseigenen.

Es ist übrigens auch unsinnig, wie Kuhn es tut, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen dem Naturalismus der Käthe Kollwitz und dem Expressionismus einiger tonangebender jüngerer Künstler. Die Kunst der Käthe Kollwitz repräsentiert eine Synthese von Naturalismus und Expressionismus, die alle nur scheinbar widerstreitenden Elemente der beiden sich begegnenden Kunstrichtungen zusammenfaßt zu mächtigster einheitlicher Schöpfung und keinen Mehranspruch offen läßt — vorläufig menschlich!

Den Liebhabern dieser Kunst „schenkt" — für 60 Mk.! — der Kunstwart-Verlag (bei Georg D. W. Callwey, München) eine Käthe Kollwitz-Mappe, welche in der Volks- und Bezirksbuchhandlung eingesehen und gekauft werden kann. Es sind auch einzelne Blätter für den Preis von 8 Mk. zu haben. H. L.

Aphorismen

Man spricht viel von Aufklärung und wünscht mehr Licht. Mein Gott, was hilft aber alles Licht, wenn die Leute entweder keine Augen haben oder die, welche sie haben, vorsätzlich verschließen!

Oskar Wilde.

Ueber nichts wird flüchtiger geurteilt, als über die Charaktere der Menschen; und doch sollte man in nichts behutsamer sein. Bei keiner Sache wartet man weniger das Ganze ab, das doch eigentlich den Charakter ausmacht, als hier. Ich habe immer gefunden: die sogenannten schlechten Leute gewinnen, und die guten Leute verlieren.

Lichtenberg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220201-13/fragment/page=0008